Zeitschrift: Neujahrsblatt / Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Herausgeber: Gesellschaft zur Beförderung des Guten und Gemeinnützigen

Band: 102 (1924)

Artikel: Der Bruch der schweizerischen Neutralität im Jahre 1813

Autor: Steiner, Gustav

Kapitel: 4.: Die schweizerische Gesandtschaft im Hauptquartier der Vebündeten

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1006954

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Antwortschreiben durch den italienischen Diplomaten in Bern, Baron Tassoni, dem Landammann in Zürich persönlich übergeben ließ.

Als der allgemeine Abfall vom Diktator Europas vor sich ging, blieb nur die Schweiz dem Allianzvertrag treu. Sie erklärte die Neutralität in einem Augenblick, da sie für Frankreich von militärischem Nutzen war. Napoleon mußte sie anerkennen, um seinem eigenen Volke ein Zeichen der Friedensbereitschaft zu geben. Denn in denselben Tagen, da Wieland und Rüttimann in Paris weilten, wagte der Gesetzgebende Körper sein Verlangen nach Frieden auszusprechen. Bereits hatte der Kaiser der wachsenden Unzufriedenheit ein Opfer bringen müssen: dem Herzog von Bassano war das Portefeuille des Äußern genommen und Caulaincourt, dem Herzog von Vicenza, der als Repräsentant des Friedens galt, übertragen worden. Die Anerkennung der schweizerischen Neutralität war in den Augen Caulaincourts ein Gebot der Rettung und eine Forderung des Friedens.

4. Die schweizerische Gesandtschaft im Hauptquartier der Verbündeten.

Die beiden Gesandten Aloys von Reding und Hans Konrad von Escher samt ihrem Legationsrat Hans Jakob Hirzel hatten keinen leichten Auftrag. Sie sollten von den verbündeten Monarchen die Anerkennung der schweizerischen Neutralität erlangen, und das war schwer, weil sie sich einer siegreichen Armee in den Weg stellten. Zudem war es nicht nur ein Krieg der Fürsten sondern der Völker, der geführt wurde. Sie wollten aus dem Elend von Konskription und Hungersnot zu einem bessern Dasein kommen. Nationaler Idealismus erfaßte weite Kreise, so daß der Zar wohl mit Stolz sagen konnte, die Freiheitsbewegung sei wie eine Lawine gewesen, die immer größer wurde. Die Eidgenossenschaft aber, auf deren Anschluß man sich Hoffnungen machte, blieb abseits. Ihre Neutralität war den Verbündeten hinderlich. Wir müssen auf die militärischen Vorgänge zurückgreifen.

Der Feldzug Napoleons nach Rußland mißlang. Nach dem Brande von Moskau blieb der Armee nur der Leidensweg nach dem Niemen übrig. In den letzten Novembertagen 1812 erkämpfte sich noch der Kaiser den Übergang über die Beresina. Dann übergab er das Kommando seinem Schwager, dem König Murat, und am 5. Dezember reiste er mit wenigen Begleitern und unter falschem Namen durch Deutschland. Am

18. Dezember war er unerwartet in Paris. Unterdessen befahl Alexander von Rußland eine neue große Aushebung, um die Franzosen völlig zu vernichten. Am 20. Dezember erklärte Schweden dem französischen Kaiser den Krieg. Zehn Tage später, vor Jahresende, schloß General York, Befehlshaber des preußischen Hilfskorps unter Macdonald, mit dem russischen General Diebitsch einen Neutralitätsvertrag. Damit bereitete er den Anschluß Preußens an Rußland vor. Denn wenn auch vorläufig weder die aktive Beteiligung dieses Korps, noch die Entschließung des Preußenkönigs in irgend einer Weise bedingt war, wirkte doch das kühne und eigenmächtige Vorgehen des Truppenführers mächtig auf die preußische Volksstimmung. Von der Bewegung wurde denn auch der König Friedrich Wilhelm III. selber mitgerissen; am 28. Februar 1813 schloß er zu Kalisch ein förmliches Bündnis mit Rußland. Damit beginnt in Deutschland der Abfall vom Kaiser. Die Herzöge von Mecklenburg sagen sich als die ersten vom Rheinbunde los.

Aber der Frühjahrsfeldzug ist der neuen Allianz nicht günstig. Anfängliche Mißerfolge der Franzosen werden in den entscheidenden Schlachten durch Napoleon wieder ausgeglichen. Er hat ein neues Heer gebildet (120 000 Mann) und noch einmal die Truppen des Rheinbundes an sich gezogen. Er siegt bei Lützen und Großgörschen und treibt die verbündeten Russen und Preußen zum Rückzug. Den König von Sachsen, der im Begriff ist, sich von ihm loszusagen, nötigt er zum Anschluß. Durch die Schlachten von Bautzen (20.—21. Mai 1813) erzwingt er den Übergang über die Spree. Alles hängt jetzt von der Stellung ab, zu der sich das Wiener Kabinett entscheidet. Dort arbeitet der Minister Fürst Metternich mit allen Mitteln an einem völligen Systemwechsel. Österreich soll seine Handlungsfreiheit wieder zurückgewinnen. Zuerst übernimmt es die Rolle des Schiedsrichters. Die beiden kriegführenden Parteien schließen den Waffenstillstand von Pleischwitz (4. Juni) und bewerben sich um die aktive Teilnahme Österreichs. England unterstützt Preußen und Rußland durch Hilfsgelder. Da Napoleon auf die Friedensvorschläge Metternichs, die zu Prag verhandelt werden, nicht eingeht, wird der Waffenstillstand nicht mehr erneuert, und Kaiser Franz I. von Österreich erklärt Napoleon den Krieg. (12. August).

So haben sich Rußland, Preußen, England, Österreich und Schweden zu einer großeu Allianz verbündet, um das unerträgliche Übergewicht Frankreichs zu brechen. Kleinere Staaten treten, freiwillig oder gezwungen, dieser Allianz bei. Am 8. Oktober stellt sich Bayern auf die Seite der Verbündeten, wodurch ein Nachbarstaat der Eidgenossenschaft in den Krieg hineingezogen wird, während bis dahin die Grenzen der Schweiz direkt von den Ereignissen nicht berührt wurden. Auf den Höhen von Wachau und Liebertwolkwitz, bei Möckern, und am 18. Oktober bei Probstheyda und Schönfeld wird in der Leipziger Völkerschlacht um den Sieg gerungen. Die Sachsen und Württemberger lassen ihren Protektor im Stich, dem sie nur gezwungen Gefolgschaft geleistet haben, und am

19. Oktober, da Leipzig von den Verbündeten erstürmt wird, fällt der König von Sachsen, der bis zuletzt den trügerischen Versprechen Napoleons geglaubt hat, in die Hände der Alliierten. Er wird ihr Gefangener, weil er nicht rechtzeitig dem Franzosen abgesagt hat. Napoleon flieht nach dem Rhein. Die Bayern versuchen ihm den Weg zu verlegen; aber der Kaiser macht Raum und schlägt sie (31. Oktober); am 2. November ist der Rhein von den Franzosen überschritten. In Frankfurt aber, wo die verbündeten Monarchen Hof halten, ungewiß, was zu tun sei, finden sich die Fürsten Deutschlands ein, um hier mit den Siegern von Leipzig Bund und Frieden einzugehen. Denn wenn auch noch zahlreiche französische Besatzungen in deutschen Festungen liegen, ist doch für einmal der große Schlag gelungen: Napoleon ist über den Rhein geworfen. Man redet vom Frieden. Unterhandlungen werden mit dem geschlagenen Kaiser angeknüpft, und wer wollte nicht noch rechtzeitig dafür sorgen, im bevorstehenden Friedensvertrag seine Existenz zu retten, sie wiederherzustellen oder gar Gewinn davon zu tragen!

Hier, wo Könige und Generäle, Fürsten und Diplomaten zusammenströmten, und wo Pläne für das weitere Vorgehen besprochen, verworfen und wiederaufgenommen wurden, erschienen die schweizerischen Gesandten Reding und Escher, die zum Unterschied von den zahlreichen Boten und Abordnungen, die kamen und gingen, nicht den Anschluß an die Verbündeten begehrten, obschon gerade die Teilnahme der Schweiz aus politischen und militärischen Gründen bedeutungsvoll war, sondern die vielmehr Achtung der Neutralität verlangten, einer Neutralität, die den Verbündeten unbequem und unzuverlässig vorkam.

Ursprünglich zwar drängten die Verbündeten nicht. Als der österreichische Gesandte in der Schweiz, Herr von Schraut, dem Landammann die Bündnisse zwischen Österreich, Rußland und Preußen mitteilte, rühmte er in dem beigefügten Schreiben den idealen Gedanken der Völkerbefreiung, der in dieser Allianz liege und nicht nur den Teilnehmern am Krieg, sondern auch den Unbeteiligten, nicht nur den starken, sondern auch den schwachen Staaten zugute komme. Er sprach von der ewigen Gerechtigkeit dieses Bundes, die darin bestehe, „daß der Genuß seiner Segnungen in gleichem Maße auch auf jene strömt, die keinen Kampf für sie gefochten, mit keinem Opfer sie gelöset haben." Mit einer Deutlichkeit, die seit einem Jahrzehnt nie gehört worden war, kennzeichnete er die schmähliche Abhängigkeit der Schweiz von Frankreich, ohne ihr einen Vorwurf daraus abzuleiten. Denn er mußte sich der ebenso ruhmlosen Stellung Österreichs gegenüber Frankreich erinnern. Aber es war gewiß dem Landammann schmerzlich, eine Wahrheit zu hören, die er selber nicht eingestehen wollte und die sich im Ratssaale noch nicht durfte sehen lassen. Dieser Krieg, so sagte die österreichische Note (vom 8. Dezember) nehme von der Schweiz das beständige Schrecknis weg, das in der Gestalt einer freundschaftlichen Vermittlung, die

allerdings niemand täuschen konnte, wie ein zweischneidiges Schwert über dem Haupt der Eidgenossenschaft schwebte und bei jeder Verweigerung irgend welcher unbegründeten Forderung den tödlichen Fall drohte. Diese friedliche Gesellschaft freier Staaten — die Schweiz — sei so sehr in unaufhörlichem Zwange gehalten worden, daß ihre öffentlichen Redner in den alljährlichen großen „Geschäftsversammlungen" sich sogar Lob und Dank über diesen unseligen Stand der Dinge auspressen ließen, obschon dies ihrem eigenen Gefühl, ihrem innern Sinn und dem lauten Wunsch des Volkes widersprochen habe. „Dieses schmählichsten Dankes nun entledigt der edelste Bund das Schweizer Volk; es hat nicht länger für seine Unabhängigkeit zu zagen oder einer gänzlichen Verlassenheit sich zu beklagen." Es stehe unter dem Schutzgeist des „größten und reinsten Vereins." Dieser wache künftig über seine „unverletzbare Selbständigkeit."

So umständlich der alte Herr sich in diesem Schriftstück auch ausdrückte: es enthielt manches, was für die Lenker des Staates höchst wertvoll sein konnte. So vor allem das Bekenntnis zur Wahrheit in politischen Dingen; das Zeichen wurde gegeben, daß man nun nicht mehr länger Komödie spielen müsse. Mit Wohlwollen und doch unerbittlich wurde das Benehmen der regierenden Männer gerichtet. Sie hatten sich in den Lobeserhebungen Napoleons überboten. Das Schlimmste dabei war, daß die Landesväter anders redeten, als das Herz ihnen gebot. Sie glaubten selber nicht an das, was sie vor dem eigenen Volk und vor den Vertretern fremder Nationen aussprachen. Und diese Gefahr, zu lächeln, wenn der Starke seine Macht dem Kleineren gegenüber mißbraucht, ist an keine Zeit gebunden. Aber das Volk empfindet das Unrecht, das von einer fremden Macht begangen wird, auch dann, wenn die Landesväter sich Mühe geben, dies Unrecht in ein freundlicheres Licht zu rücken. — Die Regenten befanden sich 1813 in der seltsamen Lage, daß sie Jahre hindurch sich ihrer Freiheit gerühmt hatten und nun auf einmal dem Volke gegenüber die nackte Wahrheit von der französischen Knechtschaft bekennen sollten. Oder sie mußten den Wahn aufrecht erhalten und sich in Widersprüche begeben, die für die schweizerische Abordnung in Frankfurt verhängnisvoll waren.

Am 29. November hatten die schweizerischen außerordentlichen Gesandten sich auf den Weg gemacht, die Monarchen, womöglich in Frankfurt, aufzusuchen. Überall trafen sie auf Truppen. In Heidelberg berichteten die schweizerischen Studenten, daß ihnen der Neutralität wegen hart zugesetzt werde. Das Militär sage ganz unverholen, es marschiere nach der Schweiz. Der Großherzog von Baden habe vergeblich Neutralität erlangen wollen. Jetzt werden sich die Badenser damit trösten, daß es auch den Schweizern nicht besser ergehe.

Am 3. Dezember trafen sie in Frankfurt ein, und schon am folgenden Tage mußten sie aus dem Munde des frühern bayrischen Gesandten in der Schweiz, Baron

Duverger, vernehmen, „er müsse beinahe besorgen, daß auch die Gesandtschaft zu spät angekommen sein dürfte, indem bereits alles in voller Tätigkeit sei."

Und Duverger traf das Richtige. Sowohl den Militärs als den Politikern und Diplomaten mußte diese Mission höchst unerwünscht sein. Noch wenige Wochen früher hätten die eidgenössischen Boten auf Erfolg rechnen können. Nur die Weitsichtigern und Tatkräftigern der österreichischen und preußischen Generale dachten, als Anfang November in Frankfurt das Hauptquartier aufgeschlagen wurde, an eine Fortsetzung des Kampfes. Damals drängten die preußischen Feldherren Blücher und sein Generalstabschef Gneisenau auf sofortige Fortführung des Kampfes. In einer Denkschrift warnte Gneisenau den König, zuzuwarten. Der Feind gewinne dadurch Zeit zu neuen Rüstungen. Die Erfahrungen des letzten Feldzuges hätten des öftern gelehrt, daß man hinterher mit Blut habe büßen müssen, was man durch Unterlassen einer Anstrengung versäumt habe. Ein Feldzug von noch zwei Monaten, gewiß hart für die braven Soldaten, werde zwei Kriegsjahre, Ströme von Blut und zweifelhafte Schlachten ersparen. Sein Plan war, die Schlesische Armee bei Köln den Rhein überschreiten und in Belgien einrücken zu lassen. Auf diese Weise würde Holland von Frankreich abgeschnitten und befreit, und gleichzeitig würden die Festungen des nördlichen Frankreich bedroht. Währenddessen müsse die Hauptarmee zwischen Mainz, Straßburg und Metz in Frankreich eindringen, ein schwaches Seitenkorps aber durch die Schweiz zur Besetzung der Franche-Comté vorgehen. Endziel aller Bewegungen war ihm Paris.

Die schweizerische Neutralität, mit der Gneisenau damals noch nicht glaubte rechnen zu müssen, erscheint alsbald als Hindernis dieses beabsichtigten Marsches. Den Feldzugsplan brauchen wir auf seine Bedeutung nicht zu prüfen; richtig aber ist, daß der Preuße den Marsch durch die Schweiz als einen, wenn auch untergeordneten, Bestandteil seiner militärischen Operationen ins Auge gefaßt hat. Die Benützung schweizerischen Territoriums ist also nicht erst ein Gedanke der österreichischen Heerführer, sondern schon der geniale Stabschef Gneisenau hat unser Land in seine Rechnung einbezogen, aber allerdings nicht in dem Maße, wie es von österreichischer Seite alsbald geschah. Er wollte, wie dies schon Oberst Robert Weber in seiner Schrift über die strategische Bedeutung der Schweiz ausführt, eine Nebenarmee — durch Neuformationen und die nach und nach verfügbar werdenden Belagerungskorps gebildet — durch die Schweiz gegen den Osten Frankreichs vorgehen lassen; „denn", führte Gneisenau aus, „dieses Land ist leicht zu verteidigen, sobald man sich desselben einmal bemächtigt hat. Von dort aus bedroht man die innern Landschaften Frankreichs, und man nimmt (umgeht) alle Stellungen der Vogesen im Süden." In einem Kriegsrat vom 7. November entwickelte Gneisenau die Gründe im Einzelnen. Aber die österreichischen Generäle, wie Radetzky, verschoben die Verhältnisse; sie

wollten die am Mittelrhein vordringende Armee kleiner und das durch die Schweiz vorgehende Korps stärker machen. Zur Begründung führten sie an, daß der Feldzug von 1792 die Gefahren eines Vordringens über Maas und Mosel an den Tag gelegt habe; daß Frankreich nach der Schweiz zu nur durch wenige und unbedeutende Festungen geschützt werde, und daß Napoleon, wenn man sich nicht der Schweiz versichere, zweifellos selbst zu ihrer Besetzung schreiten würde, um von hier aus die Verbindungslinien der gegen Metz vordringenden Armee zu durchbrechen.

In zwei wichtigen Punkten stimmte Radetzky mit Gneisenau überein: im sofortigen Beginn der Bewegungen und in der Eroberung der Niederlande durch die Schlesische (Blüchersche) Armee. Dagegen wich er von ihm darin ab, daß er die Hauptarmee der Verbündeten, die sogenannte Böhmische Armee, durch die Schweiz nach Südfrankreich führen wollte. Dadurch wurde eine Vereinigung der Gesamtstreitkräfte in Frankreich und damit eine rasche Entscheidung, wie sie Gneisenau wünschte, in weite Ferne gerückt.

Dieser militärische Plan, der von dem österreichischen Feldherrn, vom Höchstkommandierenden der Hauptarmee, dem Fürsten Schwarzenberg, von Radetzky und Generalquartiermeister von Langenau vertreten wurde, und der eine Zersplitterung der Streitkräfte bedeutete, ging nicht nur aus militärischen, sondern auch aus politischen Erwägungen hervor. Man wollte den Durchmarsch durch die Schweiz benützen, um die bestehende Mediationsverfassung zu beseitigen und die den Österreichern ergebenen Aristokraten wieder in ihre alten Rechte einsetzen. Man hoffte ferner, von der Schweiz aus eine Diversion nach Italien ausführen zu können, und die Eroberung dieses Landes, die bereits begonnen war (der Vizekönig Eugen Beauharnais hatte, hart bedrängt, bereits zurückweichen müssen), zu erleichtern. Der Plan, über Genf nach Südfrankreich zu marschieren und den Engländern die Hand zu reichen, verfolgte vielleicht lediglich die Absicht, den für außerordentliche Unternehmungen leicht zu begeisternden Alexander von Rußland für das österreichische Projekt zu gewinnen.

Die Widerstände, die innerhalb der Koalition zu überwinden waren, ließen nur schwer zu einem Ziel kommen. In der zweiten Sitzung des Kriegsrates erstand Gneisenau ein neuer, heftiger Gegner. Der preußische General von dem Knesebeck schwächte nämlich den Feldzugsplan Gneisenaus noch stärker ab, als dies durch die Österreicher geschehen war. Vollkommen billigte von dem Knesebeck den Marsch der Hauptarmee durch die Schweiz und von hier aus die gemeinsame Operation mit der italienischen und der spanisch-englischen Armee. Die schlesische Armee aber sollte das Unternehmen gegen Holland gänzlich fallen lassen, — der Kronprinz von Schweden mochte damit betraut werden, — und dafür die Deckung der in die Schweiz marschierenden Hauptarmee übernehmen. Vorläufig könne Blücher ja Mainz belagern.

Unnötig, die Entrüstung des Marschalls „Vorwärts" wiederzugeben; weder er noch Gneisenau wollten vor Mainz „an die Kette gelegt werden." Um so größern Beifall fand von dem Knesebeck bei den Österreichern, deren Lieblingsgedanke — Marsch durch die Schweiz — gefördert wurde. Gneisenau wurde überstimmt und Alexander I, bestochen durch das Großartige, das in dem Zusammenwirken mit der italienischen und der englischen Armee lag, stimmte dem Vorschlag Knesebecks zu, ja er brachte am 10. November persönlich einen Entwurf für die Zusammensetzung der verschiedenen Armeen zu Papier.

Wenn nun aber Schwarzenberg sich einbildete, der Marsch durch unser Land sei beschlossene Sache, dann täuschte er sich sehr. Zunächst waren die Monarchen, mit Ausnahme Alexanders, für einen Winterfeldzug nicht geneigt. König Friedrich Wilhelm von Preußen konnte sich überhaupt mit einem Rheinübergang nicht befreunden. Ihm schien die Aufgabe der Koalition bereits gelöst. Er erwartete den Frieden. Kaiser Franz von Österreich gehörte noch der alten Schule an: nach seiner Meinung sollten die Truppen Winterquartiere beziehen, um dann im Frühling mit der systematischen Belagerung der Grenzfestungen zu beginnen. Bernadotte, Kronprinz von Schweden, schilderte die Gefahren, die mit dem Marsch nach Frankreich verbunden seien. Das ganze Volk werde sich wie ein Mann erheben und die Eindringlinge schmählich über den Rhein zurücktreiben.

Aber hemmender als die Unschlüssigkeit der Monarchen wirkte die schweizerische Politik. Die verbündeten Generäle hatten in ihren Diskussionen, Alexander in seiner Zustimmung zum Plane Knesebecks, den Anschluß der Schweiz an die Koalition vorausgesetzt. Zu ihrem großen Ärger sahen sie sich getäuscht. Die Eidgenossenschaft erklärte sich neutral und sprach die Absicht aus, mit den Waffen in der Hand diese Neutralität zu verteidigen.

Die Verzögerung, die in den Operationen der verbündeten Armeen eintrat, wurde nun, und zwar zum Teil ohne Berechtigung, der Eidgenossenschaft zur Last gelegt. Günstiges hoffte jetzt wohl nur Gneisenau. Wenn man das schweizerische Gebiet respektierte, konnte der Marsch nach Belgien-Paris, wie er ihn in Vorschlag gebracht, wieder in Gnaden angenommen werden. Dem war aber nicht so. Alexander, der nun einmal mit der Linksschwenkung der Armee einverstanden war, erwartete doch noch eine glücklichere Lösung, und die österreichische Generalität gab die Hoffnung auf den Durchmarsch durch die Schweiz nicht auf. Daß sie es nicht tat, das läßt sich schwerlich nur mit einer Steckköpfigkeit erklären, die auf einen altüberlieferten Operationsplan nicht verzichten wollte, sondern die politischen Nebenabsichten waren so stark ausgebildet, daß die Invasion in die Schweiz und die damit verbundene Restauration einfach nicht aus dem Programme durfte gestrichen werden. Diese Verbindung der militärischen mit den politischen Interessen verkörpert sich nun auch in dem Zusammen-

arbeiten von Schwarzenberg, Langenau und Radetzky einerseits, und Metternich samt seinem politischen Anhang anderseits. Sie brachten es dahin, daß der Einmarsch in die Schweiz bereits auf den 13. Dezember vorbereitet wurde.

Vergegenwärtigen wir uns die politische und diplomatische Energie Metternichs, dann begreifen wir, daß trotz der schweizerischen Neutralitätserklärung und trotz der entschiedenen Weigerung Alexanders, unsere Neutralität zu verletzen, die österreichische Heeresleitung den Operationsplan durch die Schweiz nicht preisgab. Um die Schweizer zu täuschen, wurden strenge Befehle erlassen, ihre Neutralität zu beobachten, wie z. B. der Regierung von Basel gegenüber der Wunsch ausgesprochen wurde, sie möchte, um jede Übertretung zu verhindern, eine größere Zahl von Pfählen mit der auch in russischer Sprache gehaltenen Aufschrift „Schweizergrenze" aufstellen. Gleichzeitig wurden die Verbündeten am Oberrhein konzentriert und zwar auf so engem Gebiete, daß unzweideutig die Kriegslage daraus hervorgehen mußte. Am 12. Dezember, in der Nacht, sollte Obstlt. Bubna, der die Avantgarde kommandierte, in größter Stille sein Korps bei Basel konzentrieren, so daß er sich am 13. vor Anbruch des Tages der Stadt und des Rheinübergangs bemächtigen könne. Am 18. Dezember sollte Bubna bereits in Bern stehen.

Aber der Zar Alexander, wie ein Helfer und Retter aus dunklem Gewölk erscheinend, schützte die Schweiz. „Ich habe eine ganz besondere Anhänglichkeit für sie", sagte er; „es handelt sich um ein ganz persönliches Gefühl. Denn wir, ich wie meine ganze Familie, sind von Schweizern erzogen worden, und ich bewahre die Hochachtung für meinen Erzieher." Diese Dankbarkeit seinen schweizerischen Erziehern gegenüber war gewiß nicht alltäglich; sie wurde wachgehalten durch die Briefe des Waadtländers Laharpe, der fürchtete, sein Heimatkanton werde wieder als Untertanenland den altgesinnten Bernern anheimfallen. Mit ihm wehrte sich auch der 1813 in Alexanders Dienste getretene kriegstüchtige Waadtländer Generalleutnant und Aide-deCamp Jomini. Dazu kam ein starkes, persönliches Selbstbewußtsein des Zaren: Weil Alexander wußte, daß er durch seinen Entschluß für den Fortgang des Krieges über die russischen Grenzen hinaus das große Befreiungswerk entscheidend gefördert hatte, schätzte er seine Gewalt sehr hoch ein. Die Charakteristik, die uns auf Grund der öffentlichen Stimmen aus der Wiener Kongreßzeit gegeben wird, ist sehr überzeugend: Alexanders „eingebildete Allmacht äußerte sich in mannigfacher Art. Namentlich fand sie in allerlei feierlichen Versprechungen und Zusagen nach verschiedenen Seiten hin Ausdruck, und er war höchst verstimmt, wenn er sie nicht einhalten konnte." „Eine eigentümliche, große, aber doch beschränkte Seele" nennt ihn sein langjähriger Freund Czartoryski. Man wird also zugeben müssen, daß der seelenlose Metternich nicht ganz fehlging, wenn er die Verwendung des Zaren für die Schweiz eine „Sentimentalität" nannte. Nach allen Seiten hin proklamierte dieser die Aufrechterhaltung der schweizerischen Neutralität, die dann rücksichtslos mißachtet wurde.

Der Zar Alexander bestand darauf, daß unsere Neutralität respektiert werde. Aber am Marschziel, dem Plateau von Langres, rüttelte er nicht. Als ihm Schwarzenberg einen Vorschlag vorlegte, in dem am Plateau von Langres festgehalten, die Schweiz aber mit keinem Wort erwähnt wurde, da glaubte er, seine Rücksicht auf unser Land leicht mit dem österreichischen Entwurf verbinden zu können. Er besprach sich mit seinem Waadtländerfreund Jomini, der seinerseits am 6. Dezember dem Fürsten Metternich diese Gedanken entwickelte. Er bewies ihm, daß es ein Leichtes sei, nach Genf zu marschieren, ohne schweizerisches Gebiet zu betreten. Man brauche nur den Rhein unterhalb Basel zu überschreiten und über Biel und Neuenburg zu marschieren, also über ein Gebiet, das damals nicht zur Eidgenossenschaft gehörte. Mit noch größerem Vorteil geschehe der Marsch durch das Tal des Doubs, weil dann das Korps in engerer Verbindung mit der Hauptarmee stehe. — Der Minister, dem es ja gar nicht so sehr auf die militärischen, sondern viel mehr auf die politische Aktion ankam, und der den österreichischen Einfluß in der Schweiz herstellen wollte, machte Einwände. Er betonte, daß man nicht nur für den Vormarsch, sondern auch für den Fall eines Rückzuges einer soliden Brücke bedürfe. Der Rhein treibe aber solche Massen von Eisschollen, daß es unmöglich sei, eine Schiffbrücke zu schlagen. — Jomini antwortete darauf dem Staatsmann, es sei im Notfall immer noch Zeit, sich der Basler Brücke zu bemächtigen, wenn die Schweiz sie nicht freiwillig überlasse.

Diese Konferenz, über die Alexander I. genau unterrichtet wurde, hatte ihre Wirkung auf den Zaren, als er am 7. Dezember zu den schweizerischen Abgeordneten sprach. Die Eidgenossenschaft, so führte er aus, müsse den Verbündeten Hilfstruppen stellen als Ausgleich gegenüber den Schweizerregimentern in französischen Diensten. Und als Reding und Escher dies Ansinnen zurückwiesen, sagte der Zar: „Es kommt uns auf ein paar Tausend Mann nicht an, wir haben sie nicht nötig; aber wir brauchen ein Aequivalent. Man (!) hat von der Basler Brücke gesprochen als einem Gegenwert für die Schweizertruppen in französischen Diensten. Man würde gewissenhaft das übrige Territorium der Schweiz achten, und wir würden überhaupt von der Brücke nur bei Eisgang Gebrauch machen. Sind unsere Truppen siegreich, dann gehen sie vorwärts und wir können auf die Brücke verzichten; aber für den Fall eines Mißgeschicks müßten wir diese Rückzugsmöglichkeit haben."

Vom Eisgange des Rheins zu sprechen, war natürlich Metternich'sche Übertreibung. Tatsächlich hat dann trotz der Kapitulation Basels ein Brückenschlag bei Märkt stattgefunden, und wenn den Alliierten am 21. Dezember, also am entscheidenden Tage, der Brückenschlag bei Grenzach mißglückte, — Radetzky und der preußische General Hake wären dabei fast ums Leben gekommen, — so war nicht etwa Metternich'scher Eisgang des Rheines schuld.

Es war also von einer partiellen Neutralität die Rede; aber, wie aus dem Tagebuch der Schweizer Gesandtschaft hervorgeht: man fühlte doch das Unmögliche einer solchen Teil-Neutralität, und daß Frankreich sich schwerlich damit werde einverstanden erklären können. Die Vorstellung freilich, die man in jener Zeit mit dem Begriff der Neutralität verknüpfte, war allerdings keine so strenge wie heute. Wie hätte sonst die Eidgenossenschaft überhaupt es wagen dürfen, von einer unparteiischen Neutralität zu sprechen. Leute von der Art eines Jomini hofften durch diesen Mittelweg ihr Vaterland zu retten, während Leute vom Schlage eines Metternich wohl wußten, daß, wenn die Schweiz einmal den kleinen Finger gebe, man ihr die ganze Hand nehme. Die Ereignisse von 1815 liefern uns dafür den gültigen Beweis.

Als Jomini von einer eventuellen Besitzergreifung der Basler Brücke sprach, da stand er unter dem Eindruck der Metternich'schen Behauptung, die Schweiz könne den Alliierten den Durchpaß nicht verweigern, da sie noch im Jahre 1813 einer französischen Division den Durchzug durch Basel gestattete, die sich auf dem Marsche von Italien nach Sachsen befunden habe. In Wirklichkeit hatte der Landammann nicht, wie Metternich wieder übertrieb, einer ganzen französischen Division Durchpaß gewährt; sondern 100 Mann neapolitanischer Truppen, dazu ohne Waffen, waren unter eidgenössischer Eskorte durch unser Land gezogen. Immer noch schlimm genug, besonders weil man bereits im September stand. Einige Tage später erteilte er dann die Weisung, mit der Gestattung zurückhaltender zu sein. Das war nicht unnötig. Denn Anfang November richtete die französische Regierung ein neues Begehren an das Bundeshaupt. Sie wünschte den Durchpaß für neapolitanische Artillerie und Kriegsvorräte nebst einer kleinen Bedeckung. Der Landammann besaß immerhin so viel Mut, das Begehren abzuschlagen.

Aber das frühere Entgegenkommen des Landammanns genügte jetzt Metternich, um von einer Gebietsverletzung durch eine ganze französische Division zu reden und von der Schweiz „une entière réciprocité" zu verlangen. Dieser Auffassung schien sich Jomini nicht ganz verschließen zu können, und er äußerte sich sogar dahin: man könne mit der Schweiz in dem Sinne verhandeln, daß die Grenzbesetzung erst zwei Meilen hinter Basel durchgeführt werde, angesichts des Umstandes, daß die Brücke wenige Monate vorher entneutralisiert (déneutralisé) worden sei. Durch diese Bedingung werde die Schweiz gerettet. Daß diese Auffassung nicht nur vorübergehende Bedeutung gewann, sondern ernsthaft diskutiert wurde, ersehen wir aus dem Bericht der schweizerischen Gesandtschaft. Sonntags den 19. Dezember — es war der kritische Tag, an dem der Einbruch in die Schweiz stattfinden sollte, — Metternich ließ die Gesandten nicht vor! — besuchte Reding den Fürsten Esterhazy. Freimütig bekannte dieser: Es sei nicht zu leugnen, daß die Neutralität und Unverletzbarkeit der Schweiz für den Succeß und die Sicherheit der Operationen der Alliierten äußerst bedenklich

und gefährlich sei, und daß zumal bei einem Unfall, der ihre Waffen in Frankreich betreffen könnte, ein Rückzug durch die Schweiz beinahe unvermeidlich wäre, weil man sich dabei nicht auf Schiffbrücken verlassen dürfe. Zwar habe der Kaiser von Rußland den andern Mächten wirklich proponiert, sich auf die Brücke von Basel zu beschränken und die ganze übrige Schweiz neutral zu lassen; allein einerseits könne man auf diese Weise die Operationen in Italien nicht gehörig unterstützen (man begehrte den Simplon!), und anderseits habe man die Überzeugung, Frankreich werde diese bedingte Neutralität nicht anerkennen und sich noch weniger daran binden, so daß auf diese Weise weder der Schweiz noch den Alliierten geholfen wäre. Damit widerlegte Esterhazy einleuchtend das Projekt Jominis, und der Bericht unserer Gesandten, der Zar habe den Gedanken an die Benützung der Basler Brücke fallen lassen, scheint darauf hinzudeuten, daß schon vor jener Audienz vom 7. Dezember Alexander diese partielle Neutralität besprochen, erwogen und nicht befriedigend gefunden habe.

Dreierlei geht aber für uns mit aller Bestimmtheit aus diesen Berichten hervor. Sie beweisen erstens, daß es Alexander mit der Respektierung unserer Neutralität ernst gewesen ist und daß er deshalb bestrebt war, einen Ausweg zu finden, mit dem sich sowohl die österreichische Generalität als die Schweiz befreunden konnte. Das gelang ihm nicht. So erklärte er sich denn für unumwundene Anerkennung unserer Neutralität. „Die Schweiz", so sprach er zu unsern Gesandten, „hätte uns nützlich sein können; sie hat leiden müssen wie die andern Staaten unter dem Übergewicht Frankreichs, darum hätten wir ihren Anschluß erwarten dürfen. Dafür wären wir beim Friedensschluß zu Gunsten ihrer Interessen eingetreten, was wir sonst nicht tun können." Aber wir zwingen niemand: „Cependant nous ne forçons personne." Und dabei blieb er. Nach seinem Plan sollte der Rhein auf mehreren Punkten unterhalb von Altbreisach überschritten werden. Umsonst entwickelte Metternich in nächtlicher Konferenz alle die militärischen und politischen Gründe für die Besetzung der Schweiz. Alexander erwiderte, obgleich er das Gewicht dieser Gründe nicht verkenne, könne er doch nimmermehr die Verletzung der schweizerischen Neutralität zugeben; persönliche Motive hielten ihn davon ab, es auf die Gefahr oder auch nur auf die Möglichkeit eines Widerstandes der Kantone ankommen zu lassen. Schließlich erklärte er, daß er den Einmarsch in die Schweiz als eine Kriegserklärung gegen sich selber betrachten würde. Daraufhin gab ihm Metternich, der mit offenem Widerstand nicht aufkommen konnte, das förmliche Versprechen, die Neutralität der Schweiz zu respektieren.

Aber alle diese Unterhandlungen bezeugen auch zweitens, daß mit Ausnahme des Zaren alle Welt unser Gebiet in Mitleidenschaft ziehen wollte. Von Gneisenau an, der seine linke Flanke auf die Schweiz stützte, bis Radetzky und Schwarzenberg, der die Schweiz als Hauptoperationsbasis benützen wollte, die Strategen und die

Diplomaten waren entschlossen, über unsere Neutralität hinwegzuschreiten. In diesem Sinne arbeitete Radetzky noch einen neuen Operationsplan aus, und in einer Denkschrift vom 13. Dezember erklärte er seinem Kaiser: Die gegenwärtige Bewegung der Armee nach der Schweiz „ist vollendet und läßt uns keine Wahl zwischen Handeln oder der Schande eines Rückzugs ohne Not und Ursache übrig." Die Stellung der Hauptarmee zwischen Lörrach und Ettenheim sei so offensiv und daher so konzentriert, daß sie darin nur wenige Tage stehen bleiben könne. Entweder müsse sie sich der Schweiz bemächtigen oder den Rheinübergang zwischen Hüningen und Offenburg forcieren oder auseinandergehen und Winterquartiere beziehen. „Wir Soldaten können die Schweiz nicht für neutral erklären. Die linke Flanke der Hauptarmee an eine solche Provinz anzulehnen, während man an der Front den Rheinstrom forciert . . ., das kann kein Soldat pflichtmäßig raten. Wir müssen daher entweder auf jede Operation gegen Frankreich verzichten und defensive Stellung an der Donau aufsuchen oder uns in Besitz der Schweiz setzen." Er faßt zusammen: „Wir können nicht über den Rhein und die Schweiz links liegen lassen. Wir sind in wenig Tagen im Besitz der Schweiz und der Franche-Comté, wenn man uns tätig sein läßt. Wir verlieren beides, wenn wir statt zu handeln, neue Zeit verlieren." — Diese Denkschrift stammt vom 13. Dezember; am 15. gab Franz I. seine Zustimmung zum Einmarsch.

Ob diese Operation eine glückliche war? Die Militärschriftsteller verneinen es. „Die Kritik und die Erfahrung," so äußert sich Oberst Hans Wieland, „haben schlagend nachgewiesen, daß diese Angriffsrichtung eine falsche und ihre Erfolge ungenügend gewesen sind. Das Plateau von Langres war ein Hirngespinst." Und Oberst Weber tadelt die Umgehungsoperation mit den Worten: „Der Fehler lag darin, daß der Plan auf eine Kriegslage zugeschnitten war, die in zehn Fällen neunmal zutreffen konnte, aber gerade damals nicht zutraf." Rudolf Friederich endlich, der bedeutende Kritiker der Befreiungskriege, schreibt unter anderm: „Die militärische Bewertung des Plateaus von Langres kennzeichnet die ganze Torheit der vornapoleonischen militärischen Theorien, sie beweist aber auch zugleich, wie wenig alle diese Männer, in deren Hände jetzt die Geschicke Europas gelegt waren, aus den Ereignissen des letzten Jahrzehnts gelernt hatten."

Für uns kommt die militärische Bedeutung nicht in Betracht. Die Ereignisse lehren uns ganz einfach zwingend, daß jederzeit strategische Gründe können geltend gemacht werden, um unser Gebiet zu verletzen; daß diese Gefahr nicht nur an uns herantritt, wenn ein besonderes militärisches Interesse eine der kriegführenden Parteien zwingt, über unsere Neutralität hinwegzusehen, sondern daß wir unter allen Verhältnissen mit einem fremden Eingriff in unsere Selbständigkeit rechnen müssen. Unsere Offiziere, wie Oberst Wieland und Oberst Weber, haben in ihren Schriften die Konsequenzen gezogen.

Endlich — und das ist das dritte Resultat, das wir aus diesen kriegerischen Diskussionen gewinnen, — endlich erscheint uns der Einfluß Jominis auf Alexander greifbar. Jomini ist später beschuldigt worden, daß er den Einmarsch in die Schweiz geradezu befürwortet habe. Diese Anklage ist unberechtigt. Er selber hat sich gegen den Vorwurf verwahrt. Aber die Zahl seiner Gegner vermochte sich das Übergewicht zu verschaffen. Daß sich Jomini mit allen Mitteln für unsere Neutralität einsetzte, geht aus den gehässigen Aufzeichnungen Metternichs hervor: „Laharpe, Jomini und andere schweizerische Revolutionäre hatten beim Kaiser Alexander nachdrücklich auf das, was sie Achtung der helvetischen Neutralität nannten, gedrungen." Metternich, der Feind der Demokratie, spottet, es sei ihre Absicht gewesen, die Wiederkehr der alten Ordnung der Dinge zu verhindern, weil sie für das Waadtland und dessen politische Existenz fürchteten. Daraus sieht man deutlich, daß der verschlagene Minister Metternich den Aide-de Camp Jomini aus doppeltem Grunde haßte: weil er als Militär nicht mit der Grenzverletzung einverstanden war und weil er als Waadtländer von der durch Metternich eingeleiteten Reaktion nichts wissen wollte. — Nicht Laharpe allein, sondern ebensosehr hat Jomini seinen ganzen Einfluß auf Kaiser Alexander benützt, um ihn von der Verletzung der Neutralität abzuhalten. Vergleicht man Jominis Aufzeichnungen („Précis politique et militaire") mit dem Tagebuch der schweizerischen Abordnung nach Frankfurt, dann erkennt man erst, wie viele Äußerungen, die damals zugunsten unserer Neutralität gefallen sind, auf Jomini zurückgehen. Er hat nicht nur den Einmarsch mißbilligt, sondern tapfer und entschieden sich für die Wahrung der schweizerischen Unabhängigkeit eingesetzt. Aber die lügnerischen Behauptungen Metternichs und dessen rücksichtslose und ränkevolle Politik waren ihm überlegen.

„Das Wiener Kabinett," so schreibt er, „wollte vom Simplon Besitz ergreifen und den französischen Einfluß in der Schweiz durch den österreichischen ersetzen. Es besaß das Geschick, sich — von den Berner „Unbedingten" — bitten zu lassen, um die Neutralität, die hinderlich war, zu verletzen in einer Weise, daß Rußland keinen Grund zur Entrüstung hatte über eine Gebietsverletzung, die bereits vollzogen war und als Wunsch des Landes ausgegeben wurde."

Diese politischen Umtriebe, die bereits angedeutet worden sind, können an dieser Stelle nicht übergangen werden. Wir wissen, daß sich die Altgesinnten in Bern mit dem Verzicht auf ihre frühern Herrschaftsrechte nicht abzufinden verstanden. Namentlich den Verlust der ehemaligen Untertanengebiete Aargau und Waadt verschmerzten diese „Unbedingten" nicht. Sie schreckten nicht davor zurück, mit einer fremden Macht sich ins Einvernehmen zu setzen, um ihr egoistisches Ziel auf Kosten ihres guten Namens zu erreichen.

Am 11. November 1813 waren, wie wir uns erinnern, Graf Capo d'Istria als russischer und Ritter von Lebzeltern als österreichischer Bevollmächtigter in geheimer

Mission nach der Schweiz abgegangen, um diese zum Anschluß an die Verbündeten oder doch um Gewährung des Durchpasses anzugehen. Die beiden Sendlinge trafen erst am 21. November in Zürich ein, zu einer Zeit also, da bereits die Neutralitätserklärung ausgesprochen war. An diese Agenten wendeten sich nun die zwei Berner Oberst Gatschet und Hauptmann Steiger von Riggisberg und setzten ihnen auseinander, daß die Alliierten sich der Schweiz ohne Schwertstreich bemächtigen könnten. Im Innern stehe eine zahlreiche Partei bereit, sich für sie zu erheben. Grundbedingung aber sei die Herstellung der alten Ordnung in der Schweiz; die Patrizier müßten ihre alten Rechte, Bern sein früheres Übergewicht wieder zurückerhalten. — Die Berner wurden von andern Altgesinnten unterstützt. Mit Metternich standen diese „Unbedingten" in enger Verbindung durch den Grafen Johann von Salis-Soglio. Von Waldshut aus begaben sich diese Reaktionäre, „das Waldshuter Komitee" genannt, nach Freiburg i. B., wo sie vom österreichischen Generalquartiermeister von Langenau beherbergt wurden.

Trotzdem war hier nicht zu übersehen, daß nur Privatpersonen fremde Truppen ins Land riefen. Viel bedenklicher war das Verhalten der offiziellen Berner Regierung. Ihr Widerstand gegen den von der Tagsatzung beschlossenen „Aufruf" an das schweizerische Volk hatte eine verhängnisvolle Wirkung. In dieser Proklamation sprach sich die Tagsatzung, wie bereits erwähnt worden ist, für die Beibehaltung und Fortdauer der bestehenden Verfassung aus. Die Berner Regierung aber hielt im Geheimen den Zeitpunkt für gekommen, da sie sich der früheren Untertanenlande wieder bemächtigen könne. Deshalb mißbilligte sie durch Abstimmung das Verhalten ihrer Tagsatzungsabgeordneten, weil sie gegen jenen Passus nicht protestiert hätten. Sie verbot sogar die Bekanntmachung dieses Schriftstückes im Kanton, „um nicht der ‚Beraubung' Berns, d. h. der Selbständigkeit von Waadt und Aargau, das Siegel der Gesetzlichkeit aufzudrücken." Sogar Lebzeltern empfand diesen Beschluß als schweren Schlag gegen die proklamierte Einmütigkeit der Eidgenossenschaft. Waadt und Aargau wußten jetzt aber mit aller Bestimmtheit, wessen sie sich zu versehen hatten. Die Sendung eines besondern offiziösen Agenten ins Lager der Verbündeten durch die Berner Regierung kennzeichnet noch vollständig den Mangel an Aufrichtigkeit, jeden fremden Eingriff zurückzuweisen. Dadurch wurde der schweizerischen Neutralität ein starker Stoß versetzt, und sofort mußten die schweizerischen Abgeordneten Reding und Escher die heillose Wirkung spüren. In einiger Verdrehung des Geschehenen erfuhren sie aus dem Munde Metternichs: Die Regierung von Bern habe die Neutralitätserklärung der Tagsatzung nicht nur nicht ratifiziert, sondern sogar dagegen protestiert. Damit war unsere Gesandtschaft und Neutralitätspolitik gerichtet. „Die einzige Waffe," so schreiben Reding und Escher an den Landammann, „die wir bei den vielen und harten Anfechtungen gegen unsere Neutralität mit

einigem Erfolg gebrauchen konnten, war die Einmütigkeit der Nation in Erklärung der Neutralität, ihr fester Wille, sie zu behaupten und die bekannte Treue der Schweizer Nation, das einmal gegebene Wort unverbrüchlich zu halten .... Durch das geringste Schwanken einer einzigen Regierung über diese wichtigen Punkte wird offenbar das ganze, von uns mit so viel Mühe und Anstrengung geltend gemachte System von Nationalgarantie, übern Haufen geworfen."

Für Metternichs weiteres Vorgehen wurde der Abfall Berns geradezu zum Angelpunkt. Für ihn fragte es sich nur noch, ob er mit bewaffnetem Widerstand rechnen müsse. Aber auch da versagte die Schweiz. Lebzeltern machte sich an den Landammann Reinhard von Zürich und an den kommandierenden General von Wattenwyl: die Schweiz werde beim geringsten Widerstand als Feindesland behandelt werden — auch da versagte alteidgenössische Denkungsart. Lebzeltern konnte am 14. Dezember Metternich mitteilen: „Sie verlangen nur noch über die zu beobachtenden Formen zu kapitulieren, um ihre Verantwortlichkeit zu decken und Unannehmlichkeiten von beiden Seiten zu vermeiden." Der General „hatte moralisch bereits kapituliert," ehe der Feind auch nur den Entschluß zum Angriff gefaßt hatte.

Die ängstliche Haltung des schweizerischen Landammanns, das zweifelhafte Benehmen Berns und die Umtriebe des „Waldshuter Komitees" überzeugten Metternich, daß der politische Umschwung, wie er ihn tatsächlich wünschte, nicht ein Ding der Unmöglichkeit sei. In der Herstellung des österreichischen Einflusses in der Schweiz wußte er sich mit seinem kaiserlichen Herrn einig; nicht so allerdings in der Absicht, auch eine innere Restauration herbeizuführen. Da mußte er schon seine eigenen krummen Wege allein gehen.

Aber auch in der weitern Umgebung fanden Reding und Escher kein Verständnis für die Politik der Schweiz. Und wer will dies den Führern des Freiheitskrieges verargen, die, wie der Freiherr von Stein, unzählige Schwierigkeiten überwunden, den Widerstand ihrer Herren besiegt hatten, die erfüllt waren von dem hohen Beruf, das Tyrannenjoch zu brechen; — wer wollte es ihnen verargen, daß sie mit Verächtlichkeit auf unser Volk herabsahen, das mit Anstand Ketten trug und sie jetzt den Blicken geschäftig zu verbergen suchte. „Auf eine ironische Weise" unterhielt sich der Freiherr von Stein mit den schweizerischen Abgeordneten. Er legte sein Glaubensbekenntnis über die gegenwärtige Krisis dahin ab: „Ohne im mindesten nachzudenken, ob er darüber zu Grund gehe, müsse jeder seine Kräfte aufs äußerste anstrengen, den gemeinschaftlichen Feind zu bekämpfen. Und über die Neutralität äußerte er sich: er kenne diese schlaue Politik schon lange! und wisse nicht, warum wir uns so viel Mühe geben, ihn zu edifizieren. Wenn es von ihm abhinge, so würde er ganz anders vorgehen, als es jetzt der Fall sein werde." So sprach der Mann, keck und offen, der Mann der Tat, den nicht, wie den verlogenen Diplomaten Metternich,

Nebengedanken leiteten, sondern der sein Leben für die Befreiung seines Vaterlandes eingesetzt und der immer noch eine treibende Kraft war, trotz aller Diplomatenränke.

Nirgends kommt uns die ganze Erbärmlichkeit unserer damaligen Neutralitätspolitik schmerzlicher zum Bewußtsein, als wenn wir eine Sprache vernehmen und eine Gesinnung verspüren, wie sie der Eidgenossen würdig gewesen wäre. Welch peinliche Rolle hatten Reding und Escher in Frankfurt durchzuführen. Die nackte Wahrheit, die so klar am Tage lag, mußten sie verschleiern, die Wahrheit nämlich, daß die Schweiz bis zur Stunde ein Vasallenstaat Frankreichs sei, daß sie vom französischen Gesandten bevormundet werde, daß ihre Grenzbesetzung in schreiender Parteilichkeit nur gegen die Alliierten gerichtet sei, daß schweizerische Regimenter noch unter französischen Fahnen dienten, daß bis in den Dezember hinein der Landammann die Kantone aufforderte, Rekruten nach Frankreich zu liefern, daß noch im November der Kanton Tessin von italienischen, also napoleonischen Truppen besetzt gewesen, daß der Allianztraktat mit Frankreich, die vom Mediator garantierte Verfassung, der neue Kapitulationsvertrag, daß alle bisherigen Eingriffe Napoleons unserm Land den Stempel der Unfreiheit aufdrückten! Das alles durften die biedern Schweizer im Hauptquartier nicht zugeben, sie sollten vielmehr als gewandte Diplomaten ein Spiel gewinnen, das von Anfang an durcheinander geworfen war. Das offene Wort eines Stein schmerzte. Hier war keine Diskussion möglich. „Er kenne diese schlaue Politik schon lange!" — Das war seinerseits ein Verzicht auf Explikationen, mit denen man sich und andere betrog.

Wer glaubte überhaupt an diese Neutralität? Niemand. Kein Monarch, kein Staatsmann, kein Soldat. Sogar der wohlmeinende Friedrich Wilhelm äußerte sich der Gesandtschaft gegenüber: „Neutralität ist ein Wort, das ganz in Mißkredit gekommen ist; ich selbst habe die Erfahrung gemacht, wie schwer solche zu handhaben ist, und ich für meine Person könnte mich nie von der Nützlichkeit derselben überzeugen; vielmehr glaube ich, daß es der wahre Vorteil der Schweiz wäre, gemeinschaftliche Sache mit uns zu machen." — „Ein Wort, das ganz in Mißkredit gekommen ist" — dabei dachte Friedrich Wilhelm an seine persönlichen Erlebnisse von 1805. Vor unserm Blick aber steht der Kaiser Napoleon, der zu Regensburg in der vulgären Überhebung des Siegers dem schweizerischen Abgesandten, Hans von Reinhard, die Worte entgegenschleudert: „Vis-à-vis de moi cette neutralité est un mot, vide de sens qui ne vous sert qu'autant que je le veux." Und dieser selbe Reinhard hatte jetzt, 1813, als Landammann gewichtigen Einfluß auf die Entscheidung der Tagsatzung. In seinen Augen war das Neutralitätssystem der Schweiz die einzig mögliche Politik. Mit ihrer entschiedenen Verfolgung und mit der durch eine richtige Grenzbesetzung unterstützten Verteidigung hätte er auf die Verbündeten Eindruck machen müssen. Aber mit bloßen Beteuerungen konnte er das nicht. Die Begünstigung Frankreichs war zu offenkundig.

Diesen französischen Einfluß und das französische Protektorat über die Schweiz wollten die Verbündeten beseitigen. Darin waren sie einig. Österreich ging noch weiter: der französische Einfluß sollte durch den österreichischen ersetzt werden. Und Metternich ging noch weiter als sein Kaiser: er wollte auch die innerpolitische Umgestaltung, die Wiederherstellung aristokratischer Regierungsformen.

Im Hauptquartier erkannten Reding und Escher, daß in der Hauptfrage die verbündeten Monarchen einig seien, und daß sie über ausgedehnte Hilfsmittel verfügten. Sie gewannen auch den Eindruck, daß dieser Krieg mit den frühern seinem Wesen nach nicht zu vergleichen war. Eine Umgestaltung der europäischen Staatenverhältnisse war angestrebt; die napoleonische Vorherrschaft sollte gebrochen, die Unabhängigkeit der Nationen wiederhergestellt werden. Die erste Unterredung der schweizerischen Gesandtschaft mit Metternich bewegte sich in unbestimmten Linien; der Fürst trat nicht auf Einzelheiten ein; er äußerte sich wohlwollend für die Schweiz, aber bestimmten Zusicherungen über die Neutralität wich er aus. Die (im Tagebuch nicht mitgeteilte) Depesche der außerordentlichen Gesandtschaft an den Landammann vom 5. Dezember enthält Gedanken, auf die das Bundeshaupt nicht gefaßt war. Metternich sprach nämlich, wie aus dem Bericht hervorgeht, von den wohltätigen Grundsätzen der Verbündeten, die eine „Rückkehr zu den so glücklich gelösten Verhältnissen unmöglich machen, und jede Nation, ganz auf ihre Weise, in den Fall setzen, zu dem großen Zweck mitzuwirken." Als die Gesandten von der Zweckmäßigkeit der Neutralität redeten, versicherte Metternich, „daß man der Unabhängigkeit der Schweiz keineswegs zu nahe treten werde, indem man nichts weniger als einen neuen Umschwung der Dinge, sondern bloß die Wiederherstellung gerechter Verhältnisse beabsichtige." Reding verstand wohl, was gemeint war: daß die Schweiz jetzt am Befreiungswerk teilnehmen, und daß sie nach dem Krieg als neutrales Staatswesen sich organisieren könne. Als Abwehr gegen dies Ansinnen wagten die Gesandten die Behauptung, Frankreich habe sich nie in die inneren Verhältnisse gemischt. Metternich entgegnete, Frankreich habe sich auch wenig in die inneren Angelegenheiten von Deutschland gemischt, aber es habe die größern Staaten gezwungen, ihm Geld und Truppen zu geben, und die kleinern habe es nach und nach inkorporiert. Mit der Schweiz sei es ähnlich verfahren. Er erinnerte an die Einverleibung des Wallis und daß die übrigen Kantone keinen Augenblick sicher gewesen seien. „Der Fürst endete mit der Äußerung, daß die Schweiz unabhängig und neutral bleiben werde, eine Äußerung, die ganz befriedigend gewesen wäre, wenn es nicht zweifelhaft bliebe, ob sie schon für den gegenwärtigen Augenblick, oder bloß für die Zukunft gelte, welches letztere durch den ganzen Gang der Unterredung wahrscheinlicher ist als das erstere. . . ."

Dieser Auffassung maßen die Gesandten um so größere Bedeutung bei, weil sie bald erkannten, daß die Direktion im österreichischen Kabinett liege. Kaiser

Franz bezog sich in der Unterredung mit den Gesandten denn auch sofort auf die Worte Metternichs, zeigte Vorsicht und Zurückhaltung und verwies sie an Metternich, der sich besser auszudrücken wisse. Als ihm das Interesse der Schweiz für den künftigen Frieden ans Herz gelegt wurde, entgegnete er, „daß dies vom Benehmen der Schweiz selbst abhängen werde.“ Sie müsse selbst für das Nötige sorgen.

Reding und Escher gewannen nicht nur den Eindruck, daß die Reihenfolge der Audienzen, die ihnen gewährt wurden, und die Redensarten mehr oder weniger abgemacht seien, sondern daß die augenblickliche Neutralität kaum zu erreichen sei. Denn man sehe den gegenwärtigen Zeitpunkt offenbar bloß als einen Übergang zu einem festen staatsrechtlichen Zustand an, zu dessen Erreichung man sich aller Mittel bedienen dürfe und müsse, auch wenn die bisherigen Rechte einzelner Staaten dadurch verletzt werden. Diese Verletzung sei nur eine augenblickliche und ohne Folgen für den gesetzlichen künftigen Zustand. Sie müsse also um so eher verschmerzt werden. Auf die Schweiz angewendet, herrschte also die Meinung, daß sie aus dem Zustand der Neutralität heraustreten müsse, weil sie doch nicht im Besitz wahrer Unabhängigkeit und wirklicher Neutralität sei, um durch Besiegung Napoleons die Freiheit zurückzugewinnen und dann für die Zukunft in den Besitz der Neutralität zu treten. Die Gesandten gewinnen den Eindruck, daß tatsächlich nicht der Augenblick, sondern die Zukunft der Staaten müsse erwogen werden. Sie möchten nicht, daß die Schweiz im bevorstehenden Frieden abseits und verlassen stehe. Sie überlassen es also dem Landammann, die Lage der Schweiz auch für die Zukunft „zu beherzigen und die Maßregeln des Augenblicks mit der künftigen Wohlfahrt unseres Vaterlands in bestmöglichste Übereinstimmung zu bringen.“ Sie selber wollen nichts unterlassen, bestimmtere und zwar schriftliche Äußerungen über die Neutralität zu erhalten.

Auch aus der Audienz mit dem russischen Minister, dem Grafen von Nesselrode, war derselbe Ton herauszuhören. „Was die Schweiz für die Neutralität getan habe?“, fragte er schlankweg. Die Antwort war: Da sie solche feierlich vor der ganzen Welt erklärt habe, so werde sie wie von jeher ihrem gegebenen Worte getreu bleiben „und habe zu diesem Ende hin auch bereits kräftige Maßregeln genommen.“ Das klang sehr schön. Aber Nesselrode spielte auf die Abhängigkeit von Frankreich an. Man müßte sich auf die Schweiz verlassen können, schon aus Rücksicht auf die militärischen Operationen der Verbündeten. Die Gesandten beteuerten, daß die Neutralität durch Frankreich anerkannt sei unter der Voraussetzung, daß sie die Alliierten ebenfalls gewährleisten. Sie fügten auch bei, „daß wenn die Behauptung der Neutralität noch stärkere Anstrengungen bedürfe, man sich solche gern würde gefallen lassen.“ Als Nesselrode den gewohnten Vorwurf erhob, die Neutralität sei nur zu gunsten Frankreichs, und sich dabei auf die Mediation berief, brachten die Gesandten ihre Gegengründe vor und waren herzlich froh, auf die Beschlüsse der Tagsatzung hinweisen zu

können, durch welche sich diese noch Ende November vom Kontinentalsystem losgemacht hatte, eine Entscheidung, die ihr allerdings Napoleon, wenn er wieder zur Macht gekommen wäre, nie verziehen hätte. Das Bedeutungsvolle war, daß auch Nesselrode die Gesandten vor die Frage stellte, „ob denn die Schweiz allein an der dermaligen glücklichen Veränderung der Dinge keinen Anteil nehmen wolle.“ Er erinnerte sie an die Gebietsverluste, die sie erlitten habe, und es war eine schwache Verteidigung, wenn die Gesandten bemerkten, die Schweiz habe sich vergeblich dagegen gestemmt, sie habe von keiner benachbarten Macht Unterstützung gefunden, und so habe man sich am Ende drein fügen müssen; aber sie hoffe auf die großmütigen Absichten der hohen Alliierten. Sie wolle nichts als Ruhe und Sicherheit und begehre nicht, bei ihrer Kleinheit sich in die großen Welthändel einzumischen.

Damit sprachen die Gesandten aus Abwehr einen Gedanken aus, der ganz im Wesen der schwächlichen Neutralitätspolitik lag. Man legte also seine Zukunft in die Hand des Stärkeren und verzichtete darauf, der Schmied seines eigenen Schicksals zu sein.

Es lag etwas Peinliches in dieser Berufung auf das Wohlwollen der Mächte. Man erhob damit einen Anspruch, auf den man ganz einfach kein Recht hatte; schon deshalb nicht, weil man nicht an der Gefahr, sondern nur am Erfolg teilhaben wollte. Als Reding dem Zaren Alexander erwiderte, daß sich die Schweiz am Friedenskongreß auch einstellen und dann auf die Mächte zählen werde, bekam er die verächtliche Antwort: „Gewiß, Ihr habt wohl den Mut zu erscheinen, aber Ihr müßt dann in diesem Falle auch für Eure Interessen selber besorgt sein.“ Und doch war gerade der russische Kaiser sehr wohlwollend. Die Audienz bei ihm vom 7. Dezember hätte nach der Mitteilung Redings nicht huldreicher sein können. Aber auch der Zar wollte es nicht verstehen, daß die Schweiz nicht Partei ergriff. Es lag, ganz im Gegensatz zu den auf rein verstandesmäßigen Erwägungen beruhenden Überzeugungskünsten Metternichs, in seinen Reden etwas Schwungvolles; das Staunen über das mächtige Anschwellen der Freiheitsbewegung, die einen Staat nach dem andern, ein Volk nach dem andern ergriffen hatte. Ganz Deutschland habe sich freiwillig angeschlossen und die Schweiz hätte es ebenso gut gekonnt wie kleinere Staaten, wie z. B. der Markgraf von Baden. Denn es handle sich nicht um einen politischen Krieg, in dem man auf Eroberungen ausgehe, sondern man kämpfe um die Freiheit und Unabhängigkeit der Nationen, und auch die Schweiz hätte Grund, die ihrige zurückzugewinnen. Er setze ihnen die Situation auseinander, wie sie sei; es sei Sache der Schweiz, sich über ihre Interessen Rechenschaft zu geben und demgemäß sich zu entscheiden. „Wir werden niemand zwingen,“ fügte er bei. Dann sprach er seine Zweifel aus über die Fähigkeit der Schweizer, ihre Neutralität gegen Frankreich wirksam verteidigen zu können, worauf Reding wieder beteuerte, daß sich die ganze Nation erheben werde, wenn Frankreich allen Versprechungen zum Trotz sie verletze.

Nicht gegen Frankreich, sondern gegen Napoleon richte sich der Krieg, sagte der Zar. Er sprach vom Fremdendienst, von der Basler Brücke. Immer wieder kam er auf aktive Teilnahme zurück. Dabei wies er auf das Siegel der Tagsatzung: „Nicht wahr, das ist Wilhelm Tell? Der hätte nicht geschwankt.“ Da erwiderte Reding, daß er persönlich allen Grund hätte, zu grollen (nämlich gegen Napoleon), daß er aber als Staatsmann durchdrungen sei von der unbedingten Notwendigkeit der schweizerischen Neutralität und daß er sie mit innerster Überzeugung verfechte. Alexander verlangte nicht eine sofortige Entschließung. Man könnte sich auf verschiedene Weise verständigen: „Denn wenn Ihr nicht am Kriege teilnehmt, können wir auch beim Friedensschluß Eure Sache nicht vertreten und Ihr habt doch das Wallis verloren.“

Dabei blieb es. Es war immer wieder dieselbe Drohung. Metternich wiederholte sie, als er am gleichen Tag mit Reding eine vertrauliche Besprechung hatte. Die Interessen von Europa, so sagte er, seien gegenwärtig zwischen Frankreich und den Alliierten geteilt; man müsse sich auf die eine oder andere Seite schlagen; wer als Akkolyt nur müßiger Zuschauer bleiben wolle, werde beim Frieden am schlimmsten daran sein. Er sprach von den Friedensbedingungen. Die Grenzberichtigung biete in der Hauptsache keine Schwierigkeiten, die Alpen und diejenigen Teile ausgenommen, die von der Schweiz losgerissen wurden. Nur durch ihre Wiedererlangung könne die Schweiz wieder ein fester Staat werden, indem sie gegenwärtig nicht das nämliche Zutrauen einflöße. Sie sollte sich daher in den Fall setzen, diese Grenze bestimmt fordern zu können. Dies sei nur dann möglich, wenn sie tätigen Anteil am Kriege nehme. Er verdächtigte Napoleon, versprach sogar den Beweis dafür, daß dieser geäußert habe, die Schweiz diene seinen Absichten gegen Österreich auf ganz gleiche Weise wie die Brückenköpfe am Rhein. Eine Behauptung, die uns keineswegs überrascht! Sie stimmte mit den bösartigen Redensarten des französischen Kaisers überein, die er recht unvorsichtig gegen unsere Gesandten jeweils geführt hatte.

Auch die bestimmte Erklärung Metternichs überrascht uns nicht. Ohne Umstände sagte der Minister zu Reding: „Auf Ihre Neutralität können wir uns nicht verlassen.“ Er sprach der Schweiz überhaupt die Kräfte ab, die zur Verteidigung nötig seien, und in diesem Zusammenhang ließ er eine Bemerkung fallen, die nicht nur augenblickliche Bedeutung hat, sondern jede Neutralitätserklärung in ihrem Kern trifft. „Es ist kein Verlaß auf die Neutralität,“ sagte er, „weil Ihr guter Wille eingeschlummert ist.“ Reding verteidigte sein Volk. Aber „der Fürst blieb auf seinem Satz.“

Die Anklage gegen die Zuverlässigkeit des Grenzschutzes gab dem Minister die erwünschte Gelegenheit, die militärischen Absichten zu verschleiern. Die Verbündeten, so fügte er bei, sähen sich gezwungen, eine Observationsarmee von 70,000 Mann an

der nordöstlichen Grenze der Schweiz aufzustellen, und vielleicht noch eine zweite zu gleichem Zwecke in Italien. Der Vormarsch gegen die Schweiz, der den Gesandten nicht entging, konnte also als reine Verteidigungsoperation angesehen werden. Ob Reding und Escher sich wirklich täuschen ließen und nicht doch die wahre Absicht erkannten? Sie drängten auf rasche schriftliche Anerkennung der Neutralität und auf die Aushändigung des Rekreditivs. Aber absichtlich verzögerte der Minister die Ausfertigung der Papiere und hielt die Gesandten hin.

Die Verlegung des Hauptquartiers nach Freiburg stand bevor, und der Berner Ratsherr Zeerleder, der eintraf, meldete von den großen Truppenmassen, denen er von Basel an begegnet sei. Zeerleder war besonderer Agent der Berner Regierung. Er sollte bei den Monarchen Stimmung machen für eine Restauration der alten Eidgenossenschaft. Wenn er auch nicht geradezu der Gesandtschaft entgegenarbeitete, so genügte allein schon seine Anwesenheit, um den Riß aufzudecken, der innerhalb der Eidgenossenschaft bestand, und damit den Glauben an die Geschlossenheit der Nation zu widerlegen. Auch dem Berner gegenüber gab Kaiser Alexander die Erklärung ab, man werde das schweizerische Territorium nicht verletzen, aber es sei Sache der Eidgenossenschaft, sich zu überlegen, ob ihr dies System für den künftigen Frieden diene. Anders redete das Militär. Schwarzenberg schilderte seine Verlegenheit. Er sei nur seiner Sache sicher, wenn er über die Schweiz Herr sei, d. h. wenn er militärisch darüber verfügen könne. Er hätte nur Österreicher einmarschieren lassen und für strenge Ordnung gesorgt. Jetzt habe er gebundene Hände. Und in aller Herzlichkeit trat der preußische General von Knesebeck für den Anschluß der Schweiz ein. Die rechte Flanke sei durch das, was in Holland geschehen sei, gesichert, (dort waren die Verbündeten siegreich, und am 1. Dezember proklamierte sich Wilhelm I., Prinz von Nassau-Oranien, als souveräner Fürst der vereinigten Niederlande; am 2. Dezember hielt er seinen Einzug in Amsterdam), die linke Flanke könne nur durch die Schweiz gestützt werden.

Am 11. Dezember schlug Metternich dem Gesandten Reding gegenüber in einer Privataudienz einen andern Weg ein. Zuerst beruhigte er ihn über die offensichtlichen Truppenschiebungen gegen die Schweizergrenze. Wörtlich sagt der Gesandtschaftsbericht (wobei ich dem an den Landammann geschickten Original und nicht dem gedruckt vorliegenden Entwurf folge): „Der Minister äußerte sich, ich solle übrigens nur ruhig sein, er gebe mir sein Ehrenwort, es mögen noch so viele Truppen gegen die Schweiz marschieren, daß sie dennoch den Schweizerboden nicht berühren werden. Da der Schweiz in der Friedensbasis nicht anders als unter dem allgemeinen Ausdruck von Wiederherstellung der Unabhängigkeit aller Staaten erwähnt werde und sowohl die wichtige Grenzberichtigung in den Alpen, als auch diejenige längs dem Rhein in der Nachbarschaft der Schweiz, für die Schweiz von dem höchsten Interesse

sei, so sollte sie nunmehr als Alliierter vor den verbündeten Mächten auftreten und als solcher die von der Schweiz abgerissenen Teile in Besitz nehmen, um sich von fremdem Einfluß ganz unabhängig zu machen." Eine Besitzergreifung dieser von Frankreich inkorporierten Gebiete wäre natürlich einer Kriegserklärung an Napoleon gleichgekommen, und die Schweiz hätte alle Kraft aufbieten müssen, um den Sieg der Alliierten zu unterstützen. Sie hätte sich dann allerdings jene Grenzen sichern können, um die sie später auf dem Wienerkongreß vergeblich sich in Verhandlungen abmühte; vor allem hätte wohl Genf jene Abrundung und Sicherheit erlangt, die der tüchtige Generalstabsoffizier Finsler in einem Gutachten von 1814 als notwendig bezeichnete. Es gab dann keine Zonen und keinen Zonenkonflikt.

Reding antwortete seinem Auftrag gemäß. Er verlangte Anerkennung der Neutralität. Mehr nicht. Sonst gerate die Schweiz in eine bedenkliche Lage gegenüber Frankreich. Worauf der Minister beruhigte: kein fremder Soldat müßte die Schweiz betreten, und wenn diese 40,000 Mann aufstelle, hielten sich die Alliierten so gesichert, als wenn sie selbst im Besitz der Schweiz wären. „In einer solchen Allianz würden die hohen Alliierten schon jetzt der Schweiz die Wiedervereinigung aller ehemals integrierenden Teile (also auch des Veltlin), das Recht der Selbstkonstituierung und gänzliche Unabhängigkeit von fremdem Einfluß zusichern." Reding solle diese Eröffnungen dem Landammann vertraulich mitteilen. Der Gesandte gewann die Überzeugung, daß man diese Äußerungen in nähere Beratung ziehen müsse. Schon aus diesem Grunde wünschte er seine Abreise zu beschleunigen.

Auch die Audienz beim Preußenkönig Friedrich Wilhelm — sie fand am 12. Dezember statt — nahm denselben Verlauf wie diejenigen mit den beiden andern Monarchen. Friedrich Wilhelm III. ließ es an Freundlichkeit nicht fehlen, aber er wiederholte die unbestreitbare Wahrheit von der französischen Abhängigkeit der Schweiz, von der Einseitigkeit der Neutralität zugunsten Napoleons und daß es der wahre Vorteil der Schweiz wäre, mit den Verbündeten gemeinsame Sache zu machen. Von der Schweiz als einer braven und kräftigen Nation habe er gehofft, daß sie sich so bald als möglich für die gute, ja man dürfe wohl sagen, für die heilige Sache der Menschheit erklären würde. Man habe nicht von ihr erwartet, daß sie mit 200,000 Mann am Kampfe teilnehme, aber doch nach Maßgabe ihrer Kräfte. Soviel von ihm abhänge, hätte sie es nicht zu bereuen gehabt. Auch der preußische Staatskanzler Fürst Hardenberg setzte den Gesandten zu, obschon er beifügte, man werde die Schweiz nicht zwingen. Aber wenn sie untätig bleibe, dann werde sie auch beim Friedenswerk, das vielleicht nicht so ferne sei, ganz isoliert bleiben. Es sollte ihr doch ebensosehr als andern Nationen daran gelegen sein, sich aus der Abhängigkeit, in der sie sich von Frankreich befunden habe, zu befreien. Sollte gegen alles Erwarten Frankreich die Oberhand behalten, so müßte sie sich auf das Schlimmste gefaßt machen und wäre

keinen Augenblick sicher, daß nicht wieder neue Eingriffe in ihre Unabhängigkeit geschehen.

Es war eine schwere und schmerzliche Aufgabe, die den Gesandten zufiel, sich gegen Wahrheiten auflehnen zu müssen, von denen sie selber überzeugt waren.

Aloys von Reding und Hans Konrad von Escher waren auf Einwände und Vorwürfe gefaßt; diejenigen, die immer wieder erhoben wurden und am schwersten zu entkräften waren, weil die militärische Begünstigung Frankreichs offenkundig war, richteten sich gegen die französische Werbung. Deutlich drückten sich die Monarchen aus. Einer wie der andere. Die Abgeordneten spürten, daß unter ihnen in diesem Punkte Einverständnis herrschte. Der österreichische Kaiser fragte: „Was für eine Neutralität? Doch eine rechte; denn das wäre eine sonderbare Neutralität, wenn wir Ihre Truppen in französischen Diensten auf unserm Weg antreffen würden." Reding und Escher ließen es an Beteuerungen nicht fehlen, daß „die Neutralität von unserer Seite ganz unparteiisch würde beobachtet werden und daß auch bereits die nötigen Maßregeln zu wirksamer Handhabe derselben ergriffen seien" — eine Behauptung, die mit dem kläglichen Truppenaufgebot und mit den Instruktionen an die Pariser Abordnung nicht übereinstimmte. Der Hauptfrage wichen sie aber mit allgemeinen Zusicherungen nicht aus. Der Kaiser fuhr einfach fort: „Nun, wie steht es dann mit Ihren Truppen in Frankreich?" Die Gesandten versuchten vergeblich, abzubiegen: sie seien bis auf weniges herabgeschmolzen. Franz blieb fest: ob man sie nicht ganz zurückrufen werde?

Kein Ja und kein Nein! Die schweizerischen Gesandten verschwendeten viele Worte, aber das entscheidende Wort, daß die Tagsatzung die Regimenter zur Verteidigung des Vaterlandes zurückrufen werde, sprachen sie nicht aus. Sie beriefen sich auf den Vertrag mit Frankreich und erklärten, daß man entschlossen sei, „auf dem nämlichen diplomatischen Weg den Gebrauch dieser Truppen auf die Verteidigung des Innern von Frankreich zu beschränken." Aber der Kaiser wiederholte, daß auch dieses mit der Neutralität nicht verträglich sei.

Escher und Reding stützten sich in ihrer Rechtfertigung auf den Söldnerdienst, der jahrhundertealte Übung und Gewohnheit der Schweizer sei. Sie erinnerten den Kaiser Franz an die in spanischen Diensten stehenden Regimenter. Dieser war nicht schlecht orientiert. Er habe geglaubt, sagte er, diese Regimenter befinden sich dort gegen den Willen der Regierung. Die Gesandten erteilten ihm hierüber „Aufschluß" — so lesen wir in der an den Landammann gerichteten Berichterstattung. Davon sagten die Gesandten vorsichtigerweise nichts, daß Napoleon im Jahre 1811 gedroht hatte, seine Schweizerregimenter zu entlassen und auf die Kapitulation zu verzichten, wenn die Tagsatzung nicht die Schweizer in englischem Sold heimrufe. Sie sagten auch nichts davon, daß Napoleons Wunsch Befehl war und die Tagsatzung ihm gehorchte.

Die Beschränkung schweizerischen Solddienstes auf Frankreich war, wie wir bereits wissen, in der Militärkapitulation von 1812 ausdrücklich festgelegt. Der Inhalt dieses Vertrages war zum großen Ärger des damaligen Landammanns Peter Burckhardt in der „Allgemeinen Zeitung" mitgeteilt worden; es war also nicht schwer, das Staatsgeheimnis zu kennen. Escher und Reding täuschten den Kaiser, indem sie nach diplomatischem Brauche nur das sagten, was ihrem Zwecke diente. Der Monarch dagegen sprach das in seiner ganzen Einfachheit beschämende Wort: „Aber so kann ja der Fall eintreten, daß Schweizer gegen Schweizer zu stehen kommen, und das sollte nicht sein." Das war menschlich gedacht.

Mit seinem aufrichtigen Urteil über den schweizerischen Fremdendienst sprach er eine Empfindung aus, die ihm Ehre macht. Das Reislaufen in jeder Form, der Abschluß von Kapitulationen war für die Eidgenossenschaft ein nationales Verhängnis. Der Fremdendienst mußte überwunden werden, wenn die Eidgenossenschaft freie Hand, Unabhängigkeit, echte Neutralität gewinnen wollte. Aber so zäh hielten die Freunde des Fremdendienstes, vor allem die innern Orte, an der alten Überlieferung und an dieser individuellen Freiheit fest, daß erst im Jahre 1859 durch Bundesbeschluß Werbung und Handgeld und Bildung von schweizerischen Regimentern in fremdem Sold verboten worden sind.

Auch der russische Minister Graf von Nesselrode stellte die klare Frage an die Gesandten: „Sind Ihre Regimenter aus Frankreich zurückberufen?" Diesmal gingen die Gesandten in ihrer Antwort um einen Schritt weiter. Sie umkleideten ihr Nein nicht nur mit dem „diplomatisch abgeschlossenen Vertrag," sondern mit den Wünschen der Eidgenossenschaft, diesen Vertrag so zu modifizieren, daß jede kriegführende Macht über die Bestimmung dieser Truppen beruhigt sein könne. Ja, sie erklärten sich bereit, auf Wunsch der Alliierten in Verhandlungen mit Frankreich einzutreten. Als aber der Minister auf sofortige Rückberufung der Regimenter zurückkam, blieb den Gesandten nichts anderes übrig, als zu gestehen, das sei zwar nicht unmöglich aber sehr schwierig.

Der russische Kaiser selbst ging noch weiter. Über die vorausgegangenen Unterredungen war er genau unterrichtet. Ob die Schweizer bereit seien, unparteiische Neutralität zu beobachten? fragte der Zar. Und die Gesandten erklärten feierlich, daß die Nation aufstehen werde, wenn Napoleon trotz seiner Versprechungen die Neutralität verbrecherisch verletzen wolle. Aber dann erhob sich wieder die nackte Frage, ob die Regimenter aus Frankreich zurückberufen worden seien. Die frühere Einwendung machte der Zar unschädlich, indem er ihr zuvorkam: es nütze nichts, wenn die Schweizertruppen nur zur Verteidigung des französischen Bodens verpflichtet würden. „Nous allons entrer maintenant en France et il se trouve de vos troupes à Mayence." Nicht so empfindsam wie

Kaiser Franz verlangte er als Ausgleich, daß die Schweiz auch zu den Verbündeten Truppen stoßen lasse. Die Gesandten bemerkten, dann sei es das einfachste, die spanischen Schweizerregimenter heranzuziehen — deren Bestand übrigens sehr fragwürdig war. Aber das verfing nicht. Der Zar erklärte unumwunden: Entweder müßt ihr die Truppen aus Frankreich zurückrufen oder auch uns Truppen stellen. Er fragte nach der Zahl, welche die Schweiz liefern könne. Die Gesandten beharrten nicht auf der Unmöglichkeit; denn die ungleiche Behandlung war zu auffällig. Aber sie erwiderten, daß es sich um recht wenige handeln könne, da durch die eigene Grenzbesetzung die schweizerischen Männer unter die Waffen gerufen werden. Die französischen Regimenter seien bis auf wenige tausend Mann zusammengeschmolzen. Dem Kaiser war es weniger um die Truppenstärke zu tun als um das moralische Gleichgewicht. Er verlangte ganz einfach ein Äquivalent, und wenn er — nach unserer Auffassung höchst widerspruchsvoll — versprach, daß im übrigen die Neutralität der Schweiz streng beobachtet werde, dann lehnte er sich ganz einfach an die Handlungsweise Napoleons an, der von der Schweiz neue Kontingente verlangte und im gleichen Atemzug die Neutralität gewährleistete. Die Ähnlichkeit war zu auffällig, als daß die Gesandten auch nur den Versuch gemacht hätten, den Zaren eines bessern zu belehren. Sie waren im Nachteil, denn sie verfochten eine wurmstichige Sache und mußten im Stillen dem Kaiser recht geben. Aber als Beauftragte ihres Landes versuchten sie das Menschenmögliche, um mit Worten und Verträgen zu retten, was man aus Nachgiebigkeit gegen Napoleon und aus militärischer Schwäche nicht verteidigen konnte.

An der Auffassung der Monarchen über den französischen Dienst war nichts zu ändern. Der Preußenkönig Friedrich Wilhelm war über die Kapitulation noch viel besser unterrichtet als seine Bundesgenossen. Viel zu gut für die Gesandten! Kaiser Franz und Zar Alexander hatten zugegeben, daß sie vom schweizerischen Solddienst in spanischen Regimentern nichts gewußt hätten. Den Ausflüchten waren sie darum nicht gewachsen. Friedrich Wilhelm dagegen brachte ohne weiteres die nötigen Korrekturen an: mit Bedauern habe er es mit angesehen, wie die schweizerischen Truppen so gut wie seine eigenen im vorigen Jahr gegen Rußland marschieren mußten; er wisse auch, daß sie vertragsmäßig bis auf 12 000 Mann steigen sollten. Die Schweizer in spanischen Diensten seien von den Regierungen zurückberufen worden, „da hingegen die in französischen Diensten befindlichen jetzt direkt gegen die Alliierten streiten.“ Auf die Bemerkungen, daß dem durch Negoziationen abgeholfen werden könne, legte er gar kein Gewicht. Er hatte zudem mit seiner eigenen Neutralitätspolitik so schlimme Erfahrungen gemacht, daß vor dieser Tatsache und vor seiner Offenheit die Beteuerungen der Gesandten verblaßten. Sogar der Volksaufstand, den sie im Munde führten, war ohne Wirkung. Die erzwungene Heerfolge, die die

Eidgenossenschaft ihrem Mediator leistete, stand nun einmal in offenkundigem Widerspruch zu der schönen Neutralitätserklärung der Tagsatzung. Die Schweiz hatte bis dahin keinen Schritt getan, um sich die Hände frei zu machen.

Das Mißtrauen der verbündeten Monarchen ließ sich nicht zerstreuen. Denn sogar dann, wenn Napoleon die Respektierung der schweizerischen Neutralität mit ausdrücklichen Worten versprach, war ihm nicht zu glauben. Er ließ sie gelten, wenn sie ihm Nutzen brachte. Er verletzte sie, wenn es in seinem militärischen Vorteil lag.

Am 13. Dezember verließ die Gesandtschaft Frankfurt, um dem Hauptquartier, vor allem Metternich nachzureisen, der sie auf Karlsruhe oder auf Freiburg vertröstete. Dort werde er ihnen das Antwortschreiben an den Landammann einhändigen. Die Straßen waren von Militär und Fuhrwerk aller Art belebt. Zweimal trafen sie auf einen Train Pontons. In der Nacht leuchteten die Feuer der Feldwachen. Bevor sie Freiburg erreichten, führte Metternich in der Stille den entscheidenden Schlag.

Am 15. Dezember, während Alexander I. abwesend war, hielt Metternich seinem Herrn, dem Kaiser von Österreich, den entscheidenden Vortrag. Die leitenden Gedanken waren folgende: „Die Schweiz erwartet eine Operation von unserer Seite; diese Operation wird die große Mehrzahl als Teilnehmer finden . . . Die Schweiz ist nicht neutral, weil sie nicht independent ist . . . Sie wird ihre Neutralität nie wieder behaupten können, bevor sie nicht wieder frei von direktem fremdem Einfluß dasteht. Hiezu gehört alles, was sie verloren hat; ihre alten Grenzen und ihre politische Unabhängigkeit von der französischen konstitutionellen Unterwürfigkeit. Wir müssen den französischen Einfluß vertilgen . . . Wir müssen dies französische Gebäude stürzen, nicht um ein österreichisches an seiner Stelle aufzuführen. — Wir wollen die Freiheit der Schweiz neuerdings begründen. Die Schweizer selbst müssen uns jedoch hierzu die Mittel bieten." Bern habe die Neutralitätsakte verworfen; dadurch sei die ganze Idee der schweizerischen Neutralität illusorisch. „Der Kanton Bern ist zum Aufstand bereit. Er will uns zu Hilfe rufen, — wir müssen ihm diese Hilfe bieten. Dem Kanton Bern folgen sicher die kleinen Kantone und Graubünden. Zürich scheint ebenso bereit, einer ergriffenen Partei zu folgen; wir erreichen den ersten Zweck des Augenblicks, die Besetzung der Schweiz." Als Grundfrage wiederholt Metternich: „Soll dem Kanton Bern zu Hilfe gekommen werden oder nicht? Wollen die Mächte diesen Kanton verlassen oder, welches eines und dasselbe ist, ihn zwingen, sich der Neutralitätsakte anzuschließen?"

Was alles zusammenwirkte, um den Widerstand des Kaisers Franz zu brechen, kann hier nicht wiederholt werden. Aber dem Ansturm war er nicht gewachsen, wenn er auch zweifellos, wie aus der Antwort herauszulesen ist, dem eigenen Minister mißtraute. Schließlich war doch glaubhaft, was dieser behauptete, daß Bern und alle unabhängig gesinnten Schweizer den Einmarsch als eine Befreiung von der franzö-

fischen Herrschaft begehrten. Und zudem befand sich die Armee in einer solchen vorgeschobenen Position, daß sie entweder vorwärts oder zurück mußte. So schrieb denn Franz I. seine Willensäußerung nieder: „Erklärt sich die Schweiz für uns oder ruft uns der Kanton Bern zu Hilfe, so müssen wir in jedem Fall Hilfe leisten." Er fügte bei, daß man der Schweiz ihre wahre Freiheit und Unabhängigkeit verschaffen müsse, ohne sich aber „in die Beurteilung desjenigen einzumischen, was ihre innere Glückseligkeit ausmachet, in Ansehung ihrer Regierungsverfassung."

Damit hatte Metternich hinter dem Rücken des Zaren und mit seiner Überredungskunst das erreicht, was er wollte. Der Weg nach der Schweiz war frei. Nur durfte jetzt keine Minute unbenützt verstreichen. Er mußte verhindern, daß der Zar noch Einspruch erheben konnte. Er rechnete kaltblütig mit dem Erfolg. Hämisch meinte er, daß der russische Kaiser, wenn nur das Unternehmen gelinge, ihn rühmen werde, er sei der erste Staatsmann. Um aber die Bedingungen, die Kaiser Franz gestellt hatte, einigermaßen zu erfüllen, schickte er den Grafen von Senfft-Pilsach nach Bern, um die Regierung zur Beseitigung der Mediationsverfassung zu bestimmen und womöglich eine Einladung zum Einmarsch der Verbündeten zu erhalten. Darüber hielt er sich freilich nicht auf. Er begnügte sich später, mit dem Hinweis auf die Anwesenheit von Berner „Unbedingten" im Hauptquartier sich zu rechtfertigen.

Die Resolution des Kaisers vom 15. Dezember gründet sich auf das Gutachten Metternichs. Und dieses ist von politischer Natur. Der Entschluß des Kaisers ist oft mißverstanden worden, weil man seine Absichten mit denjenigen Metternichs verwechselte und weil man glauben konnte, daß der Minister nur den Willen seines Herrn ausführe, während er in Wirklichkeit seinen Herrn hinterging. Die Auffassung des Kaisers kommt in der Resolution ganz deutlich zum Ausdruck. Er geht von der Voraussetzung aus, daß die Schweiz oder Bern um Hilfe rufe, und daß Bern die Neutralitätspolitik nicht billige. Mit seinem Minister ist er darin einig, daß der französische Einfluß beseitigt werde. Das Vertrauen der unabhängigen Schweizer auf Österreich muß gerechtfertigt werden. Aber er will sich nicht in den Verfassungsstreit mischen. Noch weniger will er eine Partei unterstützen. Ausdrücklich sagt der Kaiser: Durch das Privatinteresse „einiger Klassen, wie der Patrizier" darf „unser großer Zweck nicht vereitelt und durch Parteien die innere Ruhe in der Schweiz .... nicht gestört" werden. Der Umsturz in Bern, d. h. das Zusammenarbeiten der unzufriedenen Patrizier und der österreichischen Diplomatie war nur Metternichs Werk. Der Kaiser aber öffnete die Schranke, die diesen noch zurückgehalten hatte, durch die Resolution vom 15. Dezember.

Dabei ließ er sich von seinem Minister täuschen. Er gewann den Eindruck, daß in der Schweiz die Mehrheit den Anschluß wünsche, daß ihr aber zum ersten Schritt müsse geholfen werden. Metternich wußte ihm die Sache so darzu-

stellen, als ob Bern um Hilfe rufe. Nicht etwa nur durch Sendlinge ins Hauptquartier, sondern durch die Behörde selbst. Diese Täuschung gelang ihm, weil ihm die Berner Regierung ein erwünschtes Mittel in die Hand lieferte. Das war der Berner Beschluß, wonach die Proklamation der Tagsatzung an das Schweizervolk mißbilligt und im eigenen Kanton unterdrückt wurde. Metternich gab diesem Vorgang die Wendung, die ihm beliebte: er sprach davon, daß Bern überhaupt nichts von der Neutralität wissen wolle.

Die Handhabe bot also nicht das „Waldshuterkomitee", das in gewissem Sinn die Verbindung zwischen dem Minister und den altgesinnten Bernern herstellte, sondern die Regierung selbst. Durch die Verwerfung der Neutralitätsproklamation arbeitete sie dem Minister in die Hände.

Das „Waldshuterkomitee" trieb und drängte ihn zum Handeln. Die Sendlinge im Hauptquartier zerstörten, was Reding und Escher aufbauten. Aber das allein hätte schwerlich genügt. Die Abneigung Alexanders I. gegen die Neutralitätsverletzung war so stark, daß Metternich den Schein vermeiden mußte, als werde Gewalt angewendet. Die „Unzufriedenen", die Sendung Zeerleders und die innerpolitischen Vorgänge in Bern machten es ihm möglich, die Behauptung aufzustellen, daß die Verbündeten von den Schweizern selbst ins Land gerufen werden. Indem sich die offizielle Berner Regierung gegen die Neutralitätsproklamation der Tagsatzung auflehnte, hatte er es leicht, dem Kaiser Franz und den Generälen klar zu machen, daß die Neutralität überhaupt nicht ernst gemeint sei. Der Unterschied zwischen den beiden Aktenstücken, um den es sich in Wirklichkeit handelte, nämlich der Unterschied zwischen der Neutralitätserklärung der Tagsatzung und dem nachträglich von der Tagsatzung beschlossenen und verfaßten „Aufruf" an das Schweizervolk wurde natürlich von Metternich absichtlich verwischt, und wer im Hauptquartier hätte Zeit und Lust gehabt, diese Kundgebungen der Schweiz so zu studieren, daß er den Unterschied genau erkannt hätte! Metternich galt als der Fachmann. Man überließ es ihm, die Vorgänge in der Schweiz zu kontrollieren und darüber zu berichten. Und da es ihm nun einmal in den Plan paßte, so stellte er die Dinge so dar, als ob die Berner Regierung sich gegen die Erklärung der Neutralität durch die Tagsatzung ausgesprochen hätte. Das war aber gar nicht der Fall. Sondern was die Berner Regierung nicht genehmigte, das war der ans Schweizervolk gerichtete Aufruf, weil darin die Garantie der Verfassung durch die schweizerischen Regierungen ausgesprochen war, und diese Mediationsverfassung wollte Bern beseitigen.

Der Unterschied zwischen der für die Mächte berechneten Neutralitätserklärung der Tagsatzung und der fürs eigene Volk bestimmten Proklamation wird so leicht übersehen, daß man noch in neuen Darstellungen den Satz lesen kann, Bern habe die beschlossene Neutralität nicht anerkannt. Das trifft nicht zu. Sie wurde von Bern

anerkannt; aber dadurch, daß Bern nun ebensosehr an die kantonalen Interessen, an die Wiedererwerbung der verlorenen Gebiete dachte, statt an die geschlossene Verteidigung des gesamten Vaterlandes, lieferte es dem Fürsten Metternich den Vorwand, nach dem er so sehr suchte, um unsere Neutralität zu brechen.

Bern übernahm mit seiner Sonderpolitik eine schwere Verantwortung gegenüber der Eidgenossenschaft. Die Regierung wagte eine politische Aktion, die man vorläufig noch überblicken, bald aber nicht mehr leiten konnte. Man zog sich anfänglich noch Grenzen; nachdem man aber doch einmal aus der strengen Neutralität herausgetreten war und neben der gesamteidgenössischen noch eine besondere bernische Politik trieb, verwickelten sich sehr rasch die Fäden, so daß sie niemand mehr sauber in der Hand halten konnte.

So schwierig auch die Lage für Reding und Escher von Anfang an war, so war sie doch keineswegs verzweifelt. Es gab viele Gründe, welche die Alliierten bestimmen konnten — nicht mußten! — die Neutralität zu verletzen; aber es gab auch Gründe, mit der Schweiz sorgfältig umzugehen und sie nicht zur Verzweiflung und in die Arme des Gegners zu treiben. Es war viel, daß Alexander I. der Gesandtschaft das Versprechen gab: „Nous ne forçons personne!“ und daß auch der preußische Staatskanzler einstimmte, man werde die Schweiz nicht zwingen. Von einem Zwang wollte auch Kaiser Franz nichts wissen. Sogar unter den Generälen hätte man sich in eine andere Operation geschickt, wenn nicht z. B. Schwarzenberg genau so sehr in die Intrigue Metternichs mit hineingezogen gewesen wäre wie die Agenten, die Metternich in die Schweiz schickte.

Der Höchstkommandierende war so gut eine Figur in der Hand des Fürsten Metternich, wie es die alliierten Fürsten waren, die er skrupellos hinterging. Er machte sich nichts daraus, die politischen Vorgänge in der Schweiz so zu fälschen, daß Kaiser Franz sein bedingtes Jawort zum Überschreiten des Rheines gab. Wie er sich auch nichts daraus machte, dem Kaiser Alexander das Ehrenwort zu geben, daß er nichts gegen die Neutralität unternehmen werde, und dieses Ehrenwort dann doch zu brechen. Auch die schweizerische Gesandtschaft hielt er so lange mit Redensarten zurück, damit er Zeit gewinne und der Schlag geführt sei, wenn Reding und Escher sich wieder auf den Heimweg machten. Was hätte der „gute Kaiser“ Franz dazu gesagt, wenn er gewußt hätte, daß Metternich sogar noch die Anspielung gegenüber Reding wagte: „In einem andern Staat würde man Sie bitten, bei uns zurückzubleiben!“ Worauf Reding erwiderte, er würde an ihm „einen schwachen Geisel haben.“

Den Kaiser gewann der Fürst dadurch, daß er ihm einredete, die große Mehrzahl der Kantone werde an der Operation der Verbündeten teilnehmen.

Er gab sich alle Mühe, ihm klar zu machen, daß General und Landammann nur auf den Vorstoß der Übermacht warteten, um den Platz zu räumen oder

sich anzuschließen. Der Kaiser ging darauf ein, aber immer mit dem Vorbehalt, daß man sich nicht in die innern Angelegenheiten einmische. Seine Resolution enthält den Schlußsatz, man solle nicht durch Parteiintriguen die tätige Mitwirkung der Schweizer gegen Frankreich, an die er also fest glaubte, beeinträchtigen. Daß auch in den Reihen der Generäle diese Auffassung von der Teilnahme der Schweizer am Krieg herrschte, das können wir aus einem Operationsentwurf Radetzkys herauslesen, der zwei bis drei Tage vor dem kaiserlichen Entschluß abgefaßt wurde. Radetzky wies nämlich darin dem eidgenössischen Obersten Ziegler von Zürich, der mit seinen Truppen Graubünden und Tessin besetzt hielt, eine tätige Rolle zu. Ziegler sollte von Disentis nach dem Gotthard marschieren, das Oberwallis besetzen und sich des Simplons bemächtigen

Metternich hat später in seinen „Denkwürdigkeiten" die Ereignisse ebenso unwahr dargestellt, wie er sie dem Kaiser Franz schilderte. Hatte er doch die Stirn, nach dem Einmarsch an Franz I. zu berichten, die Österreicher seien in der Schweiz gut aufgenommen worden, und die Bundestruppen der Eidgenossenschaft hätten sich ihnen angeschlossen.

Die Zustimmung seines Kaisers zum Handeln erwarb sich Metternich, als Alexander I. nach Karlsruhe gereist und auch die schweizerische Gesandtschaft unterwegs war. Sie erfuhr am 14. Dezember in Karlsruhe, daß der österreichische Minister nur durchgereist sei. Am 16. traf sie in Freiburg ein, ahnungslos, während Metternich so viel von Kaiser Franz erreicht hatte als er brauchte, um sofort die Aktion gegen die Schweiz einzuleiten. Als er am 17. Dezember die Gesandten empfing, waren von den Heerführern bereits die Befehle ausgegeben worden, und auch der beredteste Unterhändler hätte die militärische Operation nicht mehr rückgängig machen können. Aus Berechnung und unter nichtigen Vorwänden hatte Metternich die Gesandtschaft hingezogen. Als sie sich jetzt auf das Versprechen der drei Minister berief, wonach ihr vom österreichischen im Namen der drei Höfe das Rekreditiv, das Abberufungsschreiben, sollte eingehändigt werden, da erklärte der Fürst, die „Lage der Sachen in der Schweiz habe sich wesentlich geändert, indem die Regierung von Bern die Neutralitätserklärung der Tagsatzung nicht nur nicht ratifiziert, sondern sogar dagegen protestiert habe."

Von dem unglückseligen Beschluß der Berner Regierung gegen die Proklamation wußten die Gesandten nichts. Reding und Escher waren aufs äußerste bestürzt. Ihre Unkenntnis nützte der Minister aus. Als sie nämlich erwiderten, es sei nicht möglich, daß die Berner Regierung das Verhalten Wattenwyls auf der Tagsatzung mißbilligt habe; denn er habe ja das Kommando über die Grenzarmee erhalten, und in dieser Armee stünden überdies auch Berner: da behauptete Metternich, es sei auch die Rede davon gewesen, diese Berner Truppen zurückzurufen. Worauf es ihm auch jetzt ankam, wurde deutlich, als Reding drängte, er möge ihnen die nötigen Schreiben

ausfertigen, damit sie so rasch wie möglich heimkehren und zur Klärung der Sachlage beitragen könnten. Da schützte Metternich die verworrene Situation vor; da es in der Schweiz an Einigkeit in der Neutralitätsfrage fehle, biete sie auch keine Gewähr mehr für die Neutralität. Er müsse erst noch genauere Berichte aus der Schweiz abwarten; man müsse auch wissen, was die Gesandtschaft in Paris ausgerichtet habe. Vor der Ankunft der Kuriere könne er nicht antworten.

Das war am 17. Dezember. Metternich redete, als ob die Dinge noch in der Schwebe wären, während am gleichen Tage ein kaiserlicher Stabsoffizier den eidgenössischen Kommandanten in Basel zu einer Besprechung in Lörrach einlud. Es handelte sich um das Einrücken der Verbündeten in die Schweiz.

Die Ausfertigung der Antwort hing also keineswegs von solchen Nachrichten aus der Schweiz ab, wie sie Metternich den Gesandten gegenüber vorschützte, sondern vom Erfolg Schwarzenbergs. Der Minister war sehr vorsichtig. Kapitulierte Basel, überschritten die Verbündeten den Rhein, dann war es immer noch früh genug, die Gesandten abzufertigen. Wenn aber Herrenschwand sich verteidigte und wenn der General das Wenige, das er zur Verfügung hatte, einsetzte und die Sache schief ging, indem die Schweizer eben doch Widerstand leisteten: dann hatte Metternich immer noch freie Hand zum diplomatischen Rückzug.

Es ist nicht schwer, sich die Entrüstung Redings und Eschers über den Berner Beschluß vorzustellen. Eine kleine Nation wie die Schweiz kann sich den Luxus von Extratouren einzelner Klassen oder einzelner Landesteile nicht leisten. „Wir wollen Schweizer sein!“ das mußte man auch den übereifrigen Freunden der einen oder andern Macht im vergangenen Krieg immer wieder ins Gedächtnis zurückrufen. Die Einigkeit macht uns nicht nur stark, sondern sie allein macht uns widerstandsfähig. Durch das Vorgehen Berns im Jahre 1813 verlor die Neutralitätserklärung der Tagsatzung ihre Wirkung nach außen. Der österreichische Diplomat Ritter von Lebzeltern, der keineswegs darauf ausging, die Dinge zu verzeichnen, sondern der die Situation, sogar zum Ärger Metternichs, so schilderte, wie er sie wirklich sah, schrieb an den Minister: „Dieser Schritt versetzt der Souveränität und Einmütigkeit der Tagsatzung einen schweren Schlag.“

Auf die schweizerischen Gesandten im Hauptquartier der Alliierten wirkte die Nachricht geradezu erschütternd. Sie hatten bisher mit fast übermenschlicher Geduld und Ausdauer die neutrale Haltung der Schweiz erklärt, hatten — sogar gegen ihre eigene innere Überzeugung — die Einwände bestritten, die so leicht aus den bisherigen Übergriffen Napoleons abzuleiten waren; und nun wankte der Boden unter ihren Füßen. Denn die wohlwollenden Zusicherungen hatten sie nicht der überzeugenden Kraft von Gründen zu verdanken, sondern einzig und allein dem Hinweis auf die

Geschlossenheit ihrer Nation, die wie ein Mann die Neutralität ausgesprochen habe und sie auch mit der Waffe verteidigen werde. Man spürt die ganze Erbitterung der Gesandten, wenn man in ihrem Bericht an den Landammann liest: „Die einzige Waffe, die wir bei den vielen und harten Anfechtungen gegen unsere Neutralität mit einigem Erfolg gebrauchen konnten, war die Einmütigkeit der Nation in Erklärung der Neutralität, ihr fester Wille sie zu behaupten, und die bekannte Treue der Schweizer Nation, das einmal gegebene Wort unverbrüchlich zu halten und selbst die größten Aufopferungen für National-Ehre und Unabhängigkeit nicht zu scheuen." — Der Mangel an gemeinschaftlichem Zusammenhalt hatte 1798 die alte Eidgenossenschaft zusammenbrechen lassen. Auch eine Nation kann auf die Dauer nicht von ihrer Überlieferung und dem Namen leben, den vergangene Geschlechter ihr erworben haben. Dem Wort muß die Bewährung durch die Tat folgen können. Als das alte Bern in den Märztagen 1798 der französischen Übermacht erlag, flammte doch altes Heldentum empor; und die Schwyzer und Urner gaben an der Schindellegi und am Morgarten im Mai desselben Jahres Beweise freiheitlichen Willens, der das Leben einsetzt, um die Unabhängigkeit zu bewahren. Nur eine eindrückliche Kundgebung des nationalen Willens konnte 1813 die Alliierten davon abhalten, auf den Übergang über den Rhein bei Basel zu verzichten. Auch durch die geschickteste Rechtfertigung der Neutralitätspolitik konnten die Gesandten von den Alliierten nicht erreichen, was durch die Geschlossenheit einer noch so kleinen aber kriegsbereiten Nation erreicht wurde, die man nicht dem Kaiser Napoleon in die Arme treiben wollte.

Denn womit konnten die Gesandten auf die Delegierten Eindruck machen? Einzig und allein durch die Erklärung, daß das schweizerische Volk einmütig und geschlossen dastehe. Etwas anderes hatten sie überhaupt nicht in die Wagschale zu werfen. Man hatte sich seit Jahren an den Gedanken gewöhnt, daß eine Neutralitätserklärung genüge und daß es nicht zu einer Kraftprobe kommen werde. Versagte jetzt die Kundgebung der Tagsatzung: womit sollten dann die Gesandten drohen? Ihre Worte an den Landammann lassen in ihre Hilflosigkeit hineinblicken. Sie wissen, daß sie leer und abgebrannt den alliierten Ministern und Generälen gegenüber stehen, wenn der Glaube an den unerschütterlichen Neutralitätswillen der in sich einigen Nation versagt. Sie schreiben: „Durch das geringste Schwanken einer einzigen Regierung über diese wichtigen Punkte wird offenbar das ganze, von uns mit so viel Mühe und Anstrengung geltend gemachte System von Nationalgarantie übern Haufen geworfen." Und wenn nun, vom Beispiel Berns verführt, auch andere Kantonsregierungen durch Gegenschritte die Unterhandlungen der Gesandten kreuzen: „Was haben wir, . . . das wir an dessen Stelle setzen, und womit wir die heiligsten Interessen der Nation von Friede, Ruhe, Neutralität und Unabhängigkeit gegen irgend eine fremde Macht verfechten können!"

Schon aus den frühern Depeschen hatte der Landammann auf die schwierige Lage der Gesandten schließen müssen. Jetzt bekannten sie offen und ohne Umschweife, daß sie mit ihren Vorstellungen Mühe hatten, und daß sie „manche nicht ungegründete Anspielung auf die in den letzten Jahren erduldeten Eingriffe und Verletzungen, sowie auf unsere dermalige Passivität im entscheidenden und günstigen Augenblick anhören mußten, die wir zwar immer sogut wie möglich erwiderten; aber wie sollen wir uns nunmehr mit Ehren und einiger Hoffnung zum Erfolg aus der Sache ziehen, wenn wir selbst einen Teil der Nation und namentlich eine angesehene Regierung gegen uns haben." Sie unterstreichen, daß ihre Lage nie ganz günstig gewesen, daß sie jetzt aber äußerst schwierig und mißlich geworden sei. Sie versprachen nichtsdestoweniger den Mut nicht sinken zu lassen. „Aber enthalten konnten wir uns nicht, schon im voraus unsere Besorgnisse . . . Eurer Excellenz in den Schoß zu schütten." Mißlingt ihre Sendung, dann sollen die Schuldigen nicht verheimlicht werden.

Die Gesandten selber trafen noch auf die Spuren der Berner „Unbedingten", die ins Hauptquartier abgegangen waren und dort der Neutralität entgegenarbeiteten, indem sie namentlich hervorhoben, es werde durch die Schweizer kein Widerstand geleistet. Sie suchten von England Subsidien zu erhalten. Reding und Escher erfuhren wiederholt von diesen Geldangelegenheiten. 10000 Napoleond'or seien dem „Waldshuterkomitee" ausbezahlt worden. Sie beklagten sich über die Duldung dieser Intriganten im Hauptquartier. Man erwiderte, daß sie nur als Privatpersonen betrachtet würden. In Wirklichkeit sorgte die Heeresleitung sogar für ihre Unterkunft.

Am 19. Dezember verhandelte der eidgenössische Oberst von Herrenschwand mit Langenau und Bubna im Quartier zu Lörrach, und er erwirkte mit Mühe einen Aufschub von 24 Stunden. Erst in der Nacht des 20. Dezember wurde die Kapitulation definitiv abgeschlossen. Von diesen Ereignissen wußten Reding und Escher nichts, als sie am 20. Dezember in Freiburg endlich die Antwort erhielten. Noch am Tage vorher hatte der Minister den Gesandten Reding abgewiesen. Dieser gab nicht nach, drängte so sehr, daß Metternich Audienz erteilen mußte. Und nun sprach er das entscheidende Wort: die Neutralität der Schweiz könne von den hohen alliierten Mächten unter den gegenwärtigen Umständen nicht anerkannt werden. Durch einen Extrakurier habe er dem Landammann „diesen Morgen" davon Kenntnis gegeben. General von Wattenwyl habe durch den Fürsten von Schwarzenberg dieselbe Erklärung erhalten. Reding war empört. Nicht nur über die Nichtanerkennung der Neutralität, die ihn nach den vorausgegangenen Eröffnungen kaum überraschen konnte; sondern über die niederträchtige Behandlung, die der Gesandtschaft zuteil geworden war. Er beklagte sich, daß die Änderung der Gesinnung nicht den Gesandten rechtzeitig zur Kenntnis gegeben worden sei. Denn es hätte ihnen am Herzen gelegen, ihren Auftraggebern genau über die Mission zu

berichten und „bei der, unser Vaterland so nahe und wichtig berührenden Beratung selbst gegenwärtig zu sein."

Da in der Depesche an den Landammann, die den Gesandten in Kopie und sehr rasch vorgelesen wurde, nichts von den Bemühungen der Abordnung stand, verlangte Reding ausdrücklich, daß ihre Anstrengungen und ihre pflichtgemäße Haltung schriftlich bezeugt werde, damit sie sich zu Hause darüber ausweisen könnten. Das geschah. — Noch in der Nacht vom 20. auf den 21. Dezember verreisten sie. Es war schwierig, Pferde zu erhalten, weil am Nachmittag des 20. der Fürst von Schwarzenberg mit seiner ganzen Suite abgereist war. Vormittags 10 Uhr trafen die Gesandten bei der Kalten Herberge ein und erfuhren hier, daß die verbündeten Truppen über die Basler Brücke nach dem Elsaß marschiert seien. Sie trafen auch auf Train mit Pontons. Von Haltingen bogen die Postillone ab nach Weil, um nicht unter den Kanonen von Hüningen zu stehen. Um 2 Uhr nachmittags erreichte die Gesandtschaft Basel. Durchs Tor marschierte eine starke Truppenkolonne. Um nicht zu lange aufgehalten zu werden, mußten sich die Gesandten zwischen dieselben einschieben. Da der Zug immer stockte, verließen sie die Wagen. Während des kurzen Aufenthaltes in der Stadt erfuhr Reding von sicherer Hand „das ganz eigene Benehmen der Offiziere des Berner Bataillons May von Anfang ihres Aufenthaltes in Basel an und namentlich der Herren May, Fischer und Bonstetten, währenddem hingegen das später angekommene Bataillon Erlach ein günstigeres Zeugnis erhielt."

Die Gesandten fanden in Basel alles mit Truppen angefüllt. Ein Bataillon marschierte gerade zur St. Albanvorstadt hinaus. In der Hard sahen sie Kosaken und Husaren, die bei Rheinfelden die Grenze überschritten hatten. Am 22. Dezember morgens 7 Uhr trafen die Gesandten in Zürich ein. Sie erstatteten dem Landammann Bericht über ihre Mission, die durch die militärischen Ereignisse nun allerdings überholt war.

Von dem, was im Innern Redings vorging, als er durch die Armee der Verbündeten sich durcharbeiten mußte, und als er Schweizerboden betrat, lesen wir nichts im Tagebuch der Gesandtschaft. Jedenfalls mußte er sich des Widerspruches, der zwischen seinen Erklärungen und den Ereignissen lag, schmerzlich bewußt werden. Er sah die Massen einer Armee von 200000 Mann sich nach seinem Lande drängen, das mit seinen 12500 Milizen den Angriffslustigen nicht aufhalten konnte. Waren das die Opfer, zu denen man bereit sei? Reding und Escher hatten immer den bestimmten Neutralitätswillen betont; sie hatten hingewiesen auf „die besondere Lage der Schweiz auch in militärischer Hinsicht und auf den biedern und entschlossenen Charakter der Nation, welcher gegen jede Kränkung empfindlich sei, und wenn ihr das höchste Gut, ihre Neutralität, geraubt werden wollte, leicht zu verzweifelten Entschlüssen gebracht werden könnte, sowie überhaupt der Besitz der Schweiz auch in

militärischer Hinsicht nur dann vorteilhaft sein könnte, wenn man die Nation für und nicht gegen sich haben würde, welches nur dann der Fall sein könne, wenn sie nicht beleidigt werde."

Das alles traf nun nicht zu. Die Nation erhob sich nicht. Wer recht behielt, das waren gewiß nicht Reding und Escher. Nicht einmal der Landammann hatte seine Ängstlichkeit vor Napoleon überwunden. Im Gegenteil, er hatte in seiner Liebedienerei gegenüber dem französischen Kaiser verharrt und hatte den Widerstand des Landes untergraben. Und der General von Wattenwyl seinerseits war vor den schweren militärischen und politischen Konsequenzen zurückgeschreckt. Er hatte einer persönlichen Weisung des Landammanns für den Rückzug seiner Truppen aus dem Grenzgebiete Folge geleistet und war einem gewaltsamen Zusammenstoß ausgewichen.

Und doch wäre eine auch schwache Defensive kaum nutzlos gewesen. Als am 19. Dezember Hauptmann Fischer im Quartier zu Lörrach auf die Eröffnung vom bevorstehenden Einmarsch „mit einer Wärme, unserer Väter und besserer Zeiten würdig" — fügt Herrenschwand bei — erklärte, „es bleibe uns in diesem Falle nichts übrig, als nach dem Beispiel unserer Ahnen bei St. Jakob uns bis auf den letzten Mann zu verteidigen," da erhielt Herrenschwand immerhin einen Aufschub von 24 Stunden. Metternich durfte es überhaupt nicht auf Widerstand ankommen lassen, da weder Alexander noch Franz I. etwas davon wissen wollten. Ein Kanonenschuß vom linken Rheinufer hätte das ganze Metternich'sche Kartenhaus zerstören können. Als nach dem Einmarsch der eidgenössische Oberst von Hauser an den Fürsten von Schwarzenberg abgeordnet wurde, da sagte der österreichische Generalquartiermeister von Langenau zu ihm, — und es war nicht bloß nachträgliche Beschönigung, — sie seien irre geleitet worden durch falsche Nachrichten und Begriffe, man werde es sich nun angelegen sein lassen, die Sache wieder gut zu machen. Es sei nie davon die Rede gewesen, Gewalt anzuwenden, wie sehr es auch den Anschein gehabt habe. Lagen die Dinge so, dann mußte der klägliche Ausgang um so mehr schmerzen. Durch die politische Uneinigkeit und die militärische Schwäche war das Unheil verschuldet.

Was aber hatte auf der Seite der Verbündeten den Ausschlag gegeben?

„Wichtig ist," sagt Oberst Weber, „daß es die militärischen Gründe waren, die den Einbruch veranlaßten, und daß die politischen Ränke Metternichs und der Wichte vom „Waldshuterkomitee" die Bedeutung nicht hatten, die man ihnen vielfach beimaß."

Das ist nicht richtig. Die Entscheidung fiel am 15. Dezember, als Metternich die bedingte Zustimmung seines Kaisers erlistete. Nicht militärische, sondern politische Gründe standen dabei im Vordergrund: die Vormachtstellung Frankreichs sollte gebrochen (und nach Metternichs Absicht durch diejenige Österreichs ersetzt) werden, indem die Schweiz ihre Unabhängigkeit erhielt. Metternich führte den Kampf gegen die Revolution zur Wiederherstellung der „legitimen," d. h. vorrevolutionären Regierungen.

Das Rad sollte zurückgedreht werden. Die „Unbedingten“ waren seine unschätzbaren Helfershelfer. Besonders aber wies er auf den reaktionären Regierungsbeschluß Berns, um den Kaiser zu überzeugen. Wichtig ist also, daß die politischen Gründe mindestens so sehr den Ausschlag gaben, daß — und darum bleibt alles übrige, was Weber beifügt, zu Recht bestehen, — daß also nicht nur militärische, sondern auch politische Interessen eine Neutralitätsverletzung bewirken können.

Die Auffassung, daß nur die militärischen Gründe entscheidend gewesen seien, brauchen wir nicht mehr im einzelnen zurückzuweisen. Wir erinnern uns, daß Alexander I. trotz der militärischen Interessen von der Neutralitätsverletzung nichts wissen wollte, und daß Franz I. sich diesem Willen seines Verbündeten anschloß. Auch die beiden Abgeordneten der Alliierten, Lebzeltern und Capo d'Istria, hatten ursprünglich die Weisung, die aktive Mitwirkung der Schweiz zu erreichen; wenn ihnen dies aber nicht gelang, dann sollten sie womöglich die Gewährung des Durchpasses erwirken. Das waren militärische Forderungen. Die Schweiz ging nicht darauf ein. Da wurden diese und ähnliche Forderungen von den Alliierten fallen gelassen und die Verbündeten wollten die Neutralität anerkennen, wenn sich die Eidgenossenschaft dazu verstehe, 1. sich unabhängig zu erklären, Titel und Einfluß des Vermittlers abzuerkennen; 2. die schweizerischen Regimenter aus Napoleons Diensten abzuberufen; 3. die französische Militärkapitulation aufzuheben. — Das waren politische Forderungen. Allerdings hätten die Verbündeten durch ihre Annahme auch den militärischen Zweck erreicht. Denn ging die Schweiz darauf ein, dann sagte sie sich von Napoleon los und hatte nun allen Grund, ihre Kriegsbereitschaft zu steigern. Die Flanke der großen Armee schien dadurch gesichert. — Metternich arbeitete mit den Generälen zusammen. So erklärte sich zum Beispiel auch Radetzky für den Einmarsch, obschon er geäußert hatte, einer Operation durch die Schweiz fehle die Haupteigenschaft jeder Offensive. Schließlich gab der Diplomat, nicht der Stratege den Ausschlag. Es wurde ihm möglich, weil niemand an eine echte und von einheitlichem Willen der gesamten schweizerischen Nation getragene Neutralität glaubte. Selbst dann, wenn Alexanders Veto uns Schirm und Schild gewesen und der Kriegsengel an unsern Grenzen vorübergegangen wäre, hätten wir doch keinen Grund uns zu freuen. Denn unser Staatswesen verdiente kein besseres Geschick als dasjenige, das ihm zuteil wurde. Auch wenn wir Metternich ausstreichen könnten aus der Liste derjenigen, die einst über uns bestimmt haben: über das Verächtliche der „Spottneutralität“ von 1813 könnten wir doch nicht hinwegsehen. Auf Schritt und Tritt begegneten unsere Gesandten in Frankfurt jenem verständnisvollen Augurenlächeln, das mehr als Worte sprach. Und schließlich wurden sie hintergangen wie der Zar, der, aufs tiefste beleidigt, seine Verachtung dem Fürsten Metternich ins Gesicht schleuderte und doch noch seine schützende Hand über die Schweiz hielt.

Nicht nur unter den Milizen, die ohne jegliche Gegenwehr den Heimweg antreten mußten, flammte die Empörung auf über die Schmach, welche die Schweiz über sich ergehen ließ. Sondern auch heute noch ist dem Betrachter jener Ereignisse der Gedanke schmerzlich, daß die Eidgenossenschaft nicht bestimmte Partei ergriff und sich nicht für den einmal gefaßten Entschluß auch einsetzte. Sie hatte die Wahl zwischen dem Bündnis mit den Alliierten und der Neutralität. Nur mußte sie nach der einen oder andern Seite hin ernst machen. „Gewiß wäre es für die Schweiz ehrenvoller und auch ersprießlicher gewesen, wenn sie mit freiem Entschluß die französischen Bande abgestreift und bei der Wiedereroberung der ihr entrissenen Gebiete tätig mitgewirkt hätte." So schreibt der gründliche Kenner jener Vorgänge, Wilhelm Öchsli. Aber er fügt auch bei, daß die Voraussetzung dazu gewesen wäre: „ein politisch und moralisch in sich einiges Volk". Und Johannes Dierauer spricht von dem Mangel an mannhaftem Willen; daran ließen es gerade die leitenden Staatsmänner fehlen. „In ihrer kraftlosen Haltung manifestierte sich noch einmal die ganze Schwäche und Unselbständigkeit der Politik, zu der die Schweiz vom Anfang bis zum Ende der Mediationszeit durch eigene Schuld und fremde Gewalt verurteilt war." Die Geschichte richtet früher oder später, das wollen wir beifügen, über diejenigen, denen die Ehre, damit aber auch die Verantwortung zuteil geworden ist, an der Spitze des Volkes Ziel und Richtung auch in schwerer Zeit zu finden. Die Ehrenbezeugungen, die dem im Amte stehenden Staatsmann erwiesen werden, sind hinfällig. Künftige Geschlechter urteilen nach seinen Taten.

Ohne die geheimen Vorgänge zu kennen und bevor noch die Entscheidung gefallen war, vermutete Stapfer, es sei dem Landammann Reinhard nicht ernst mit der Neutralität. Denn zu ihrer Verteidigung genüge das geringe Truppenaufgebot nicht. Das Wort vom Verrat ging durch die Reihen, als die Milizen kapitulieren mußten. Jene Unsicherheit griff um sich, die ein ganzes Volk erfassen kann, wenn es spürt, daß keine Leitung und kein fester Wille mehr vorhanden sind.

Der Landammann wagte nicht zu handeln, ohne in einem Einverständnis mit dem französischen Gesandten zu stehen, das, wenn es einmal ans Licht kam, ihn den schwersten Vorwürfen aussetzen mußte. Er war befangen in seinem Urteil. Die Furcht vor Napoleon bestimmte die Entschlüsse. Man rechnete mit einem Umschwung im Kriegsglück. Der Glaube an das Wiedererstarken des französischen Kaisers beherrschte die schweizerischen Staatsmänner. Der „gute Wille war eingeschlummert," wie Metternich sich ausdrückte. Aber man muß diese Auffassung aus der Zeit heraus verstehen. War nicht der Kaiser mit einer halben Million Streiter nach Rußland gezogen, mit leeren Händen heimgekehrt, war bis an die Elbe zurückgedrängt worden, und hatte dann mit neuen Legionen den Sieg erstritten, nach der Schlacht von Bautzen die Preußen und Russen bereits an die russische Grenze zurückgedrängt! Noch von

Frankfurt aus bot ihm Metternich den Rhein als Grenze an, deutsche Städte also wie Mainz, Speier, Worms, als ob Napoleon bei Leipzig gesiegt hätte! Was bedeutete im Grunde die Allianz von Fürsten, die so oft in Zwist gerieten, daß der Bund zu zerbrechen drohte. Sie alle kannten etwas von der geheimen Furcht vor dem besiegten Gegner. Friedrich Wilhelm hatte kostbare Wochen in seiner Zaghaftigkeit verstreichen lassen, bis er der Tat Yorks seinen Segen gegeben; Österreich hatte monatelang gezaudert, bis es sich zum Beitritt entschlossen hatte. Dann die Kriegführung. Ihr Kennzeichen war die Furcht vor Napoleon; man hielt sich in der Defensive, bis Blücher durch seinen Rechtsabmarsch die Schlacht von Leipzig förmlich forcierte. In Frankfurt endlich folgte der physischen und moralischen Anspannung aller Kräfte eine plötzliche Ermattung. Das Ziel schien erreicht; man sehnte sich nach dem Frieden.

Das war die Stimmung noch im November 1813. Die Begeisterung schien erloschen, als die Alliierten den Anschluß der Schweiz begehrten. Erst die Ablehnung der Friedensbedingungen durch Napoleon entzündete das Feuer von neuem.

Zweifellos tat die Befreiung der Schweiz nicht minder not als den deutschen Staaten. Sie hatte das Recht, in diesen Befreiungskampf einzutreten. Denn Neutralität ist kein ehernes Gesetz. Jeder Kleinstaat, so lesen wir bereits bei Jomini, hat das Recht, wenn es um seine Existenz geht, sich dem Stärkeren anzuschließen. Zu einer solchen Parteinahme aber war die Eidgenossenschaft ebenso unfähig wie zur Verteidigung ihrer Neutralität.

Das Volk war opferwillig. Aber es hoffte doch vor allem auf den baldigen Frieden. Die Erinnerung an die Kriegszeit 1798 und 1799 war noch frisch. Trotzdem war die Aussicht verlockend, sich den Verbündeten anzuschließen und die Unabhängigkeit wieder zu erlangen. So lesen wir in den Aufzeichnungen des Basler Pfarrers Daniel Kraus folgenden lebhaften Eintrag:

„Leipzigs herrliche Schlacht hatte mich begeistert wie noch nichts, mein angeborener Franzosenhaß hatte einen Genuß erhalten, der alles reichlich ersetzte, was ich um der Franzosen willen seit langen Jahren in meinem Innern gelitten hatte. Und als dann nun ganz Europa aufstand, dem Völkerdränger den Garaus zu machen, kam mir die schweizerische Neutralitätserklärung ganz jämmerlich vor. Als die Franzosen von 1798 bis 1802 die Schweiz besetzt hielten, als sie im Oktober 1802 abermals einrückten, als sie 1809 zu Basel über die Rheinbrücke marschierten, als sie in den Jahren 1812 und 1813 Tessin besetzten, da ward kein Wörtlein von Neutralität gesprochen, aus Furcht, der Despot aus Korsika möchte es zürnen; aber als es nun galt, daß ganz Europa die Kette brach und seiner Gewaltherrschaft ein Ende machte, da auf einmal wollten unsere Tagherren neutral sein, abermals aus Furcht, er möchte es zürnen, wenn man's diesmal nicht wäre, weil diesmal die Neutralität nur ihm

nützte. Ich sah in dieser Neutralitätserklärung nichts anderes als eine Erklärung für den Despoten und gegen die heilige Sache der Völkerfreiheit und darum empörte sie mich. Und als dann nun vollends die Hunderttausende alle, die gegen den Rhein zogen, von 15 000 Schweizern, die von Schaffhausen bis Basel zerstreut waren, sollten aufgehalten werden, da wußte ich nicht, sollte ich mehr lachen oder mich mehr ärgern. Und dennoch hatten wir hier ein solch unvernünftiges Publikum, daß es einzig dem eidgenössischen Platzkommandanten in Basel, Oberst Herrenschwand und seinem Berner Bataillon alle Schuld beilegte, daß man die Alliierten eingelassen habe."

Diese Eintragung im pfarrherrlichen Tagebuch enthält das Wesentliche der damaligen schweizerischen Neutralitätspolitik und spricht nur die Gedanken aus, die auch den Verbündeten aufsteigen mußten, als Reding und Escher im Hauptquartier sich die Garantie dieser Politik holen wollten.

Pfarrer Kraus spricht sich auch anders aus über den Platzkommandanten Herrenschwand, als seine Mitbasler. Nicht nur im Jahre 1813 sondern auch nachher, ja sogar bis auf unsere Tage, ist Herrenschwand für die Kapitulation von Basel verantwortlich gemacht worden. Kraus spricht überraschend ruhig und weitsichtig über ihn. Sein Urteil ist gerechter als die Tradition. Überblickt man die ganze militärische Lage und die Schwierigkeiten, in die Herrenschwand hineingestellt wurde, dann denkt man anders von dem Manne, der den Rückzug aus Basel anordnen mußte und sich dadurch dem Haß aussetzte, obschon die Verantwortung nicht auf ihn allein fällt. Wir haben gerade als Basler die Pflicht, dem Obersten diejenige Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die er in seinem Leben vergeblich suchte.

Ein Blick auf die militärischen Maßregeln zur Verteidigung unserer Grenze und auf die Katastrophe wird das ruhige und wohlwollende Urteil des Pfarrers rechtfertigen.

5. Bedrohung Basels und Kapitulation.

Das siebentorige Basel mochte dem Fremden, der von dem nahegelegenen Hügel zu St. Margarethen auf Türme und Zinnen blickte, einen stattlichen Eindruck machen. Und wer gar von der Rheinbrücke aus, die auf hölzernen und steinernen Jochen die große mit der mindern Stadt verband, den Blick vom Rheintor zur Pfalz und zum herrlichen Münster schweifen ließ, der begriff das Selbstbewußtsein, das sich in diesem Gemeinwesen im Laufe der Jahrhunderte entwickelt hatte, ein Selbstbewußtsein freilich, das im 18. Jahrhundert mehr von der Vergangenheit als von der Gegenwart lebte. Von den Miteidgenossen war Basel geschieden durch die Höhenzüge des Jura. Es war ein Vorposten der Eidgenossenschaft und stand seit den Revolutionskriegen in beständiger Gefahr und Bedrohung. Über die Basler Brücke rollten die